

Ein Dossier von MISEREOR, EED und BMZ in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Vertrauen auf die Kraft der Armen

50 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit

MISEREOR
IHR HILFSWERK

eed
Evangelischer
Entwicklungsdienst

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Entwicklung selbst in die Hand nehmen:
Arbeit für eine Dorfgemeinschaft in Peru,
unterstützt von der nichtstaatlichen
Organisation DESCO.

Foto: Ramiro García





Prälat Dr. Bernhard Felmberg
ist Vorstandsvorsitzender EZE.



Bundesminister Dirk Niebel
leitet das BMZ.



Prälat Dr. Karl Jüsten
ist Vorstandsvorsitzender KZE.

Seit 50 Jahren fördert die Bundesrepublik Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit der großen christlichen Kirchen – ein halbes Jahrhundert fruchtbaren Wirkens, das von allen Bundesregierungen und Bundestagsparteien unterstützt worden ist. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die beiden kirchlichen Zentralstellen (KZE und EZE), die an die Werke Misereor bzw. Evangelischer Entwicklungsdienst angegliedert sind, waren dabei verlässliche Partner, haben aber auch kontrovers über den gemeinsamen Weg hin zu mehr weltweiter Gerechtigkeit gestritten.

Die Art und Weise, wie die Kirchen die Arbeit des BMZ kritisch, jedoch immer fair und konstruktiv begleitet haben, wurde und wird von allen Ministerinnen und Ministern geschätzt. Die Impulse der Kirchen haben die Entwicklungspolitik konzeptionell vorangebracht. Denn nicht nur in Krisenländern und Diktaturen haben die Kirchen oft mehr als staatliche Organisationen die Möglichkeit, gestützt auf das weltumspannende Netz kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Partner, Menschen in existenzieller Not zu begleiten und nachhaltige Hilfe zu leisten. Die Bundesregierung hat den Kirchen daher ein einzigartiges Maß an Unabhängigkeit zuerkannt: Die kirchlichen Zentralstellen können die ihnen anvertrauten Staatsgelder eigenverantwortlich für Entwicklungsarbeit einsetzen.

50 Jahre Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit von Staat und Kirche – man kann mit Fug und Recht von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Diese soll, darin sind sich alle Beteiligten einig, auch zukünftig mit voller Kraft weitergeschrieben werden.

Bernhard Felmberg
Bernhard Felmberg

Dirk Niebel
Dirk Niebel

Karl Jüsten
Karl Jüsten

- 3 „Ringten um den richtigen Weg“**
Vertreter von Kirchen und BMZ im Gespräch über Förderpolitik und Freiheit in der Zusammenarbeit
- 7 Vorreiterrolle gefragt**
Die Kirchen müssen heute für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit streiten
Imme Scholz und Lothar Brock
- 12 Als Freiwillige in Kambodscha**
Eine 19-jährige Deutsche arbeitet für ein Jahr im „Zentrum für Kinderglück“ in Phnom Penh mit
Jürgen Hammelehle
- 13 Symbol der Einheit**
Wie das Health Training Institute im südsudanesischen Wau Kriegen und Konflikten getrotzt hat
Armin Senger
- 16 „Armut ist nicht nur ökonomische Armut“**
Isabel Richardson, Geschäftsführerin von MCCSS, über die Prävention von Frauen- und Mädchenhandel und die Stärkung von Frauen und Dalits
- 18 Ein halbes Jahrhundert Entwicklung**
DESCO verbindet Entwicklungsprojekte an der Basis mit dem Kampf um gesellschaftliche Veränderung
Hildegard Willer
- 21 Keine Streitpunkte, aber Sachdebatten**
Bei der Zusammenarbeit mit dem BMZ und ihren Partnerorganisationen setzen die Kirchen auf das Dialogprinzip
Anja Ruf

„Ringen um den richtigen Weg“

Ein Gespräch über Förderpolitik und Freiheit in der Zusammenarbeit

Foto: Andreas Schoelzel



Worauf beruht die in 50 Jahren gewachsene Zusammenarbeit von Kirchen und Staat in der Entwicklungsarbeit, welche Themen stehen im Vordergrund, wo gibt es Reibungspunkte? Darüber sprechen Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Was unterscheidet die Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Staat in der EZ von der Förderung des BMZ für andere NGO-Projekte?

Beerfeltz: Wir gewähren den Kirchen die größtmögliche Freiheit in der Zusammenarbeit. Die Kirchen erhalten von uns Mittel als Globalbewilligung. Sie sind damit von vielen sehr kleinteiligen Abrechnungsanforderungen befreit, denen andere geförderte Organisationen unterliegen. Wir achten lediglich darauf, dass das Geld für Entwicklungsaufgaben eingesetzt wird und nicht für Mission.

Was genau bedeutet Globalbewilligung?

Felmburg: Es bedeutet, dass nicht jedes einzelne Projekt vom BMZ bewilligt werden muss. Natürlich haben wir unsere internen Bewilligungsverfahren. Die kirchlichen Werke erhalten vom Ministerium einen globalen Zuschuss und können auf dieser Grundlage eigenständig die Projektvorhaben und Länder aussuchen, in denen sie tätig werden. Das BMZ erhält am Ende des Jahres die Bewilligungsliste und führt Prüfungen durch. Während der gesamten Laufzeit werden die Vorhaben nach einem mit dem Ministerium abgestimmten Verfahren bewirtschaftet und abgerechnet. Diese Freiheit ist uns in den Gründungsurkunden der Zusammenarbeit vor 50 Jahren zugebilligt worden.

Jüsten: Das ist eine Art Vertrauensvorschuss des Staates an uns. Mit dem Minis-

Von links nach rechts: Prälat Bernhard Felmburg, Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im BMZ, und Prälat Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin.

terium und mit dem Parlament, das ja der Souverän über den Haushalt ist, werden immer Leitlinien besprochen, wofür wir die Globalzuschüsse einsetzen. Zu Beginn eines jeden Jahres wird auch ein verbindliches Planungsgespräch mit dem BMZ und dem Auswärtigen Amt geführt. Alle wesentlichen Förderschwerpunkte sind in der schriftlichen Jahresplanung enthalten, gleichfalls wird über die Förderung im abgelaufenen Jahr berichtet. Für den Staat sind durch dieses Verfahren die Verwaltungskosten wesentlich günstiger als bei der Förderung anderer Organisationen. Beide Seiten fahren gut mit dieser bewährten Partnerschaft.

Foto: Andreas Schoelzel



„Die Bevölkerung muss sicher sein: Das Geld, was wir ausgeben, kommt an. Bei den Kirchen haben wir diese Sicherheit.“

Beerfeltz: Sie passt auch zum liberalen Wert der Subsidiarität. Wir fördern den Einsatz der Zivilgesellschaft für die Entwicklungsarbeit stärker als in der Vergangenheit. Dreimal hintereinander haben wir die Mittel für die Kirchen, nichtstaatlichen Organisationen und politischen Stiftungen erhöht. Konkret: Jede der beiden Kirchen erhält 2012 für Entwicklungszusammenarbeit 108 Millionen Euro.

Felmborg: Aber die beiden großen Kirchen sind auch die Institutionen in Deutschland, die am meisten Geld selbst für Entwicklungsarbeit aufbringen – aus Spenden, Zuwendungen und Kirchensteuern. Die EKD-Synode von 1968 hat die Evangelische Kirche in Deutschland und die Landeskirchen aufgerufen, 2 Prozent ihrer Mittel für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Seit 2010 gibt es dafür ein Umlageverfahren, das gewährleistet, dass nicht jede Landeskirche ihre Zuweisungen jedes Jahr neu festlegt. Alle haben sich verpflichtet, mindestens 1,5 Prozent ihres Haushaltes zur Verfügung zu stellen, manche zahlen mehr. Für beide Kirchen ist Entwicklungszusammenarbeit Ausdruck ihres christlichen Selbstverständnisses, das sie zum Einsatz für Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet.

In der katholischen Kirche gibt es eine solche Selbstverpflichtung nicht, oder?

Jüsten: Nein, wir haben auch andere Strukturen. In der katholischen Kirche haben wir eine buntere Vielfalt von Trägern für die internationale Zusammenarbeit – von Misereor und Adveniat bis zu Kolping und Renovabis –, und auch die Diözesen selbst tun hier sehr viel. Insgesamt kommen wir mit unseren eigenen Mitteln ungefähr auf die gleiche Höhe wie die evangelische Seite. Im Übrigen: Der Etat des BMZ für die Kirchen ist über die Jahre gestiegen. Gerade die jetzige Bundesregierung hat uns besonders gefördert. Dafür ist auch ein Wort des Dankes angebracht.

Felmborg: Wir vergessen als Kirchen natürlich nie zu betonen, dass wir in unserem Land das Ziel, die öffentliche Entwicklungs-

Der Staatssekretär im BMZ Hans-Jürgen Beerfeltz.

hilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts zu erhöhen, noch nicht erreicht haben. Aber wir wissen, wie schwer eine Umsetzung dieses Ziels in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ist.

Beerfeltz: Und dieses Ziel ist schwerer zu erreichen, wenn es Deutschland gut geht, denn dann wächst die Bezugsgröße, das Bruttonationaleinkommen. Die Bundesregierung hat sich die Haushaltskonsolidierung auf die Fahnen geschrieben. Nur in zwei Bereichen wird nicht gespart: Bei der Bildung und der Entwicklungspolitik. Wir sind stolz, dass wir 0,4 Prozent erreichen – damit stehen wir heute besser da als beim Regierungsantritt 2009.

Andere NGOs hätten gern die gleichen günstigen Bedingungen für die Förderung vom BMZ, also Globalzuschüsse. Warum bekommen sie die nicht?

Beerfeltz: Dafür gibt es mehrere gute Gründe. Einer ist die schlichte Größe, ein anderer die starke Verankerung der Kirche in der Gesellschaft. Das BMZ fördert regelmäßig 1700 nichtstaatliche Organisationen – neuerdings gebündelt über die Servicestelle Engagement Global. Darunter sind viele sehr kleine Organisationen, die viel Engagement einbringen, aber keinen ausreichenden professionellen Hintergrund und Kenntnisse der nötigen Abrechnungsverfahren haben. Die Bevölkerung muss die Gewissheit haben: Das Geld, was wir ausgeben, kommt an. Bei den Kirchen haben wir diese Sicherheit.

Jüsten: Über die KZE und die EZE sind die verfassten Kirchen eine Vertragsbeziehung zur Bundesregierung eingegangen und bekommen als solche die Globalförderung. Viele engagierte Vereinigungen, die häufig einen engen Bezug zu Kirchengemeinden haben, und kleine Verbände werden zusätzlich gefördert, müssen aber wie andere NGOs auch Projektanträge stellen. Ein Grund, warum die Zusammenarbeit für beide Seiten von Nutzen ist, ist: Die Kirchen haben im Grunde überall einheimische Partner – selbst in Afghanistan oder Syrien, wo man zunächst keine vermuten würde. Natürlich gehören dazu in islamischen Ländern auch muslimische Partner. Das ist eine große Chance, mit Muslimen in den Dialog einzutreten, der auch manchmal über die konkrete Projektzusammenarbeit hinausreicht. Für eine Zusammenarbeit über religiöse Grenzen hinweg ist eine Verständigung gerade auch über die Wertebasis hilfreich. Auf diese Weise tragen wir zu einem Dialog über Menschenrechte, Demokratie und Freiheitsrechte mit dem Islam bei.

Auch die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat lokale NGOs als Partner. Warum kann man mit dem, was kirchliche Werke tun, nicht die GIZ beauftragen?



„Die Überwindung von Hunger, Krankheit und ungerechten Machtstrukturen ist es, was uns als Christen antreibt.“



Foto: Andreas Schoelzel

Prälat Bernhard Felmberg.

Felmberg: Auch zwischen der GIZ und den kirchlichen Werken besteht eine Art Arbeitsteilung. Die GIZ arbeitet meist im Auftrag von und mit Regierungen, die kirchlichen Werke kooperieren mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das kann oft ein entscheidender Unterschied sein, insbesondere wenn Ziele und Interessen von Staat und Zivilgesellschaft auseinander gehen. In Kambodscha zum Beispiel hilft die GIZ, Landbesitz offiziell zu registrieren und in einem Kataster zu erfassen. Das könnten kirchliche Werke in diesem Umfang nicht. Sie können aber Bauerngruppen oder andere Betroffene dabei unterstützen, zu ihrem Recht zu kommen. Die Menschenrechtsarbeit oder Armutsbekämpfung an der Basis, wie Kirchen sie fördern, ergänzt das sehr gut. Die kirchlichen Werke bekommen ja ihre Impulse von den Partnern in den Entwicklungsländern und sind in der ganzen Welt vertreten. Wir arbeiten mit christlichen Organisationen zusammen, mit säkularen und manchmal mit solchen aus anderen Religionen, die unsere Werte teilen.

Beerfeltz: Die Kirchen können in Ländern bleiben, wo die staatliche Zusammenarbeit rausgehen muss – etwa wo der Staat fragil ist oder Despoten ihre Macht missbrauchen. Indirekt haben sie damit einen Fuß für Deutschland in der Tür.

Jüsten: Ich war zum Beispiel in Simbabwe, als Robert Mugabe dort eine Diktatur errichtet hatte. Die Bundesregierung hat damals gesagt, da können wir nicht tätig werden, sie hatte aber ein Interesse, dass wir humanitäre Hilfe leisteten und halfen, in dem Land die Menschenrechtslage zu verbessern. Die Kirchen haben sich dort engagiert für den Schutz der Menschenrechte eingesetzt und Oppositionsgruppen unterstützt. Als weitere Beispiele könnte man Länder nennen wie Myanmar und sogar Hongkong und China.

Führen die Kirchen mit dem BMZ einen Dialog über die Förderpolitik beider Seiten?

Beerfeltz: Ja, zum Beispiel wurde das Afrika-Konzept des BMZ in großer Gemeinsamkeit gestaltet. Zurzeit entwickeln wir ein Papier über eine bessere Einbeziehung der Zivilgesellschaft hier und in den Partnerländern. Auch das wollen wir sehr eng zusammen mit den Kirchen tun.

Felmberg: Wir informieren das BMZ regelmäßig mit Grundlagen- und Planungspapieren. Im Blick auf Länder, die als politisch sensibel eingestuft werden, übermitteln wir dem Ministerium ein so genanntes Länderpapier. Die Regionalreferenten nehmen auch an den Ländergesprächen im BMZ teil, so dass es verschiedene Ebenen gibt, auf denen ein Austausch über die Einschätzung der Lage eines Landes mit den BMZ-Mitarbeitenden stattfindet. Beide Kirchen engagieren sich auch in Deutschland in der entwicklungs-

politischen Bildung. Wir vermitteln sowohl viele junge Leute über die Freiwilligendienste als auch qualifizierte Fachkräfte in Entwicklungsprojekte. Wenn wir von den Menschen in unseren Kirchen und Gemeinden nicht so stark unterstützt würden, wären wir ein Kopf ohne Rumpf.

Jüsten: Unsere Inlandsarbeit – etwa die Fastenaktionen und die Aktion „Brot für die Welt“ – schafft eine hohe Sensibilität für das Thema in der Bevölkerung. Ganz wichtig ist der Freiwilligendienst „Weltwärts“, den die jetzige Regierung stark fördert. Er gibt jungen Leuten die Chance, eine gewisse Zeit im Süden die Arbeit dort kennen zu lernen. Es ist für eine echte Partnerschaft wichtig, dass Menschen lernen, die Welt auch mit den Augen der Armen zu sehen.

Hat es nicht in der Förderpolitik wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kirchen und dem BMZ gegeben, zum Beispiel über die Armutsorientierung und darüber, welche Sektoren wie Landwirtschaft, Bildung oder Gesundheit man besonders fördern sollte?

Felmberg: Wir betonen immer: Die Überwindung von Hunger, Krankheit und ungerechten Machtstrukturen ist es, was uns aus unserem christlichen Selbstverständnis heraus antreibt. Wenn wir den Eindruck haben, dass die staatliche EZ das aus dem Blick verlieren sollte, dann gibt es mit Sicherheit ein Wort aus den Kirchen dazu.

Beerfeltz: Und das ist gut so, denn auch für uns steht Armutsbekämpfung an erster Stelle. Uns geht es dabei auch um Bildungsarmut und einen neuen Fokus auf die ländliche Entwicklung. Das sind erfolgreiche Formen der Armutsbekämpfung.

Jüsten: Wir sind sehr froh, dass die Bundesregierung die Agrarförderung als wesentlichen Schwerpunkt erkannt hat. Da wir mit unseren Partnern sehr nahe an der Basis sind, erleben wir direkt, wo die Armen der Schuh drückt. Solche Themen werden bei uns vielleicht früher entdeckt und stärker artikuliert – manchmal etwas vehement, aber so treiben wir die Themen voran und manchmal die Politik an.



Foto: Andreas Schoelzel

Foto: Andreas Schoelzel



Prälat Karl Jüsten.

„Ein Reibungspunkt sind die Klimaziele. Da sind wir natürlich auf der Seite derer, die Maximalforderungen erheben.“

Beerfeltz: In dieser Legislaturperiode ist das zum Beispiel bei den Agrarexportsubventionen gelungen, ein Jahrzehnte altes Symbol für Inkohärenz. Die Bundesregierung tritt nun geschlossen für die Abschaffung der Agrarexportsubventionen ein, damit die europäische Landwirtschaft nicht die lokalen Märkte in Entwicklungsländern mit subventionierten Exporten zerstört.

Jüsten: Da folgt Ihnen selbst die Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner jetzt.

Beerfeltz: Ja. Das hat Minister Dirk Niebel geschafft – auch weil Sie und die Kirchen über Jahre hartnäckige Vorarbeit geleistet haben.

Jüsten: Auch bei den deutschen Landwirten. Die haben natürlich auch Interessen, deren wir als Kirche gewahr werden.

Das heißt, dass Kirchen und Werke als Anwälte der Partner im Süden auftreten und damit als kritisches Gegenüber der Bundesregierung. Wo liegen hier Streitpunkte – etwa Waffenexporte oder die Strategie der Bundesregierung zur Rohstoff-Sicherung?

Jüsten: Differenzen gibt es immer. Bei der Rüstungsexportpolitik reiben sich die Anliegen der Bundesregierung mit denen der Kirchen. In Konfliktregionen sollen keine Waffen geliefert werden, das Argu-

ment des Erhalts von Arbeitsplätzen oder der Exportsicherung ist hier nicht akzeptabel. Wir achten mehr darauf, was mit den Waffen passiert – dienen sie tatsächlich der Sicherheit der Bevölkerung oder richten sie möglicherweise mehr Schaden an? Diese Gefahren sehen wir sicher schärfer als die Bundesregierung.

Felmburg: Es ist die Aufgabe der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), darauf hinzuwirken, dass der Export von Rüstungsgütern gerade in Entwicklungsländern sinkt. Das ist uns mit dem Rüstungsexportbericht, der immer „den Finger in die Wunde legt“, auch weitgehend gelungen. Aber natürlich ist jede Waffe – ob klein oder groß –, die in Entwicklungsländer geliefert wird, eine Waffe zu viel.

Beerfeltz: Das BMZ ist Mitglied im Bundessicherheitsrat, dessen Kernaufgabe die Genehmigung von Rüstungsexporten ist. Auch dort setzen wir uns für eine kohärente Politik der Bundesregierung ein.

Jüsten: Darauf hoffen wir immer zuversichtlich. Ein weiterer Reibungspunkt sind die Klimaziele. Da sind wir natürlich auf der Seite derer, die Maximalforderungen erheben. Wir können das freimütiger als die Bundesregierung, die in verschiedenen Sachzwängen steckt. Aber wenn die Kirchen und ihre Partner im Süden das Thema nicht so stark vorangetrieben und in die Öffentlichkeit gebracht hätten, dann, glaube ich, wären auf dem Gipfel der führenden Wirtschaftsnationen in Heiligendamm 2007 die Klimaziele so nicht formuliert worden. Da erleben wir das BMZ in der Bundesregierung eher als einen Partner.

Beerfeltz: Wir werben aktuell für die Ansiedlung des Green Climate Fund in Bonn. Das wäre dann die zwanzigste UN-Organisation, die sich in Bonn ansiedelt mit 300 entsandten Beschäftigten.

Jüsten: Im Moment werben wir für die Einführung einer Steuer gegen die Armut. Das könnte die Finanztransaktionssteuer sein, deren Einnahmen für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden sollen. Für dieses

Anliegen finden wir bei der CDU/CSU und der Opposition ein größeres Verständnis. Für das von der FDP geführte Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit ist das etwas schwieriger.

Beerfeltz: Ich sehe auf europäischer Ebene keine Chance für eine Finanztransaktionssteuer – übrigens ganz unabhängig von der Position der FDP.

Dass der EED und Misereor mehr als die Hälfte ihres Etats vom BMZ bekommen, beeinträchtigt nicht die Konfliktbereitschaft gegenüber der Bundesregierung?

Jüsten: Nein.

Beerfeltz: Nein.

Felmburg: Wir sind frei bei der Auswahl der Länder und Projekte, für die wir Bundesmittel verwenden, das ist die einvernehmliche Abmachung. Die Tatsache, dass wir dieses Geld erhalten, ruft im BMZ aber nicht die Erwartung hervor, dass wir unsere Einschätzung der Dinge, die eben auch Kritik beinhalten kann, verschweigen. Im Gegenteil. Diese Art der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche ist eine geniale Konstruktion, die sich in der Bundesrepublik seit nunmehr 50 Jahren bewährt hat.

Beerfeltz: Das ist die Grundtugend.

Jüsten: Wir äußern Kritik in der Sache. Wir wollen nicht Andersdenkende diffamieren. Auch unserem staatlichen Partner, dem BMZ, geht es um die Erreichung der Millenniumsziele. Wenn man unterschiedlicher Auffassung ist, muss man miteinander um den richtigen Weg ringen.

Beerfeltz: Konstruktive Kritik ist natürlich hilfreich für die deutsche Entwicklungspolitik. Denn wir wollen die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit steigern und ihre Sichtbarkeit in der Gesellschaft erhöhen. | |

Das Gespräch führte **Bernd Ludermann**.

Vorreiterrolle gefragt

Die Kirchen müssen heute für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit streiten

| Imme Scholz und Lothar Brock

Der Anspruch der Kirchen, bei aller staatlichen Förderung in der Entwicklungsarbeit eigenständig zu bleiben, ist begründet. Er würde aber bestärkt, wenn die Kirchen dafür noch mehr eigene Mittel einsetzen würden. Ihr besonderes Engagement für Weltverantwortung ist gerade jetzt gefragt, wo der Aufstieg der Schwellenländer und globale Umweltkrisen das überkommene Entwicklungsmodell in Frage stellen.

Die Kirchen haben von Anfang an den Anspruch vertreten, dass ihre Entwicklungszusammenarbeit eigenständig ist. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in ihrer Denkschrift zum Kirchlichen Entwicklungsdienst von 1973 festgestellt: „Wo der Sendungsauftrag der Kirche unter staatlichem Schutz oder gar in staatlichem Dienst und eingespannt in das jeweilige Machtgefälle wahrgenommen wird (...), kann die Glaubwürdigkeit der Verkündigung und die Integrität des Dienstes Schaden nehmen.“ Dabei hatte die Denkschrift die ganze Ge-

Foto: BMZ



schichte des Verhältnisses von Staat und Kirche im Blick – von Kaiser Konstantin bis zum Kolonialismus. Bezogen auf die post-koloniale Zeit richtete sich das Augenmerk vor allem darauf, dass es den Kirchen in den ehemaligen Kolonien „nicht leichtfällt, nach innen und außen Unabhängigkeit zu wahren und in ihrem Verhalten und ihren Entscheidungen eigene Wege zu gehen“.

Wie aber stand und steht es in dieser Hinsicht mit den Kirchen der Geberländer – ins-

Engagierter Dialog beim Evangelischen Kirchentag 2011: Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ (li.), und EED-Vorstand Claudia Warning (re.) in der Diskussion, moderiert von Jürgen Hammelehle, EED.

besondere in einem Land wie Deutschland, wo der Staat die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) finanziell in erheblichem Umfang unterstützt und sie damit indirekt in seine eigene Agenda einbindet? Kann die Kirche unter diesen Bedingungen noch als kritisches Gegenüber des Staates auftreten, wie Dietrich Bonhoeffer dies (wenn auch unter ganz anderen Umständen) 1933 in seinem viel diskutierten Aufsatz über „Die Kirche vor der Judenfrage“ als erste Aufgabe kirchlichen Handelns gegenüber dem Staat gefordert hat?

Die Entwicklungszusammenarbeit der katholischen und der evangelischen Kirchen ist nahezu zeitgleich Ende der 1950er Jahre unter dem Eindruck des Hungers und der Not in

Der Hunger in Äthiopien war Ende der 1950er Jahre ein großes Thema der Entwicklungsarbeit. 1964 reiste Walter Scheel, der erste Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, nach Äthiopien (hier im Gespräch mit Kaiser Haile Selassie).

Foto: Bundesbildstelle



Die Glaubwürdigkeit kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit hängt nicht davon ab, dass sie auf staatliche Mittel verzichtet. Sie könnte allerdings durch einen größeren Eigenanteil gestärkt werden.

der Welt, vor allem in Indien und Äthiopien, entstanden. Schon 1962 nahmen die westdeutschen kirchlichen Werke im Bereich der EZ die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auf: Um neben den selbst gesammelten Spenden auch staatliche Mittel empfangen und verwenden zu können, wurden 1962 die Evangelische und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE und KZE) gegründet.

Die Kirchen haben dabei von Anfang an den Anspruch auf Eigenständigkeit ihrer Entwicklungszusammenarbeit vertreten. Das betrifft sowohl die Verwendung staatlicher Mittel als auch die inhaltliche Begründung der Arbeit. Diese Haltung spiegelt sich auch in den Förderrichtlinien des BMZ wider, wie



„Hochachtung und große Dankbarkeit für 50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit der beiden kirchlichen Zentralstellen! Das waren auch 50 Jahre des gemeinsamen

Weges der Kirchen und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in armen Ländern. Die aktuelle christlich-liberale Koalition hat die besondere Wertschätzung für die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit durch einen weiteren Anstieg der Haushaltsmittel untermauert.

Das breite Netzwerk der Kirchen hat es auch möglich gemacht, jenen armen und benachteiligten Menschen in den Ländern zu helfen, bei denen die staatliche Zusammenarbeit wegen diktatorischer Regime, schlechter Regierungsführung oder Missachtung von Menschenrechten nicht infrage kam. Diese unabdingbare Partnerschaft gilt es zum Wohle der Menschen fortzusetzen.“

Dr. Christian Ruck

ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

sie auf der KZE-Internetseite wiedergegeben werden: „Die kirchlichen Zentralstellen treffen die Auswahl der jeweiligen Projekte vollkommen eigenständig. Sie bestimmen mit ihren Partnern selbst das Projektprogramm. Mit der Vergabe der finanziellen Mittel sind keine politischen Auflagen verbunden.“

Die Eigenständigkeit in der Sache wird aus dem Selbstverständnis der Kirchen und ihrem Auftrag gegenüber der Welt abgeleitet. So stellte Kardinal Frings 1958 bei der Gründung eines von den katholischen Bischöfen getragenen kirchlichen Werkes für die Entwicklungsländer fest, es gehe „nicht um ein Mittel der Mission, ... (und auch) nicht darum, ... dem Bolschewismus zuvorzukommen, sondern schlicht um die Betätigung der christlichen Barmherzigkeit. Darum soll geholfen werden ohne Unterschied der Glaubenszugehörigkeit und ohne die Frage nach einem Erfolg“. Darüber hinaus sollte das neue kirchliche Hilfswerk die säkularen Einrichtungen vor dem Irrtum bewahren, „dass es Menschlichkeit und Freiheit ohne Gott gäbe. (...) Den Mächtigen der Erde aber – und dazu gehört in der Demokratie auch die öffentliche Meinung –, den Reichen und Regierenden wird es vom Evangelium her ins Gewissen reden.“

| Eigenständigkeit und Eigenbeitrag

In der evangelischen Denkschrift von 1973 heißt es, es gelte einer doppelten Versuchung zu widerstehen: „Die eine besteht darin, dass die Kirche sich dem jeweiligen Trend der Gesellschaft und dem Einfluss der Mächtigen beugt, das Bestehende sanktioniert und dabei jene kritische Distanz verliert, zu der die eschatologische Nüchternheit befähigt und der Sendungsauftrag verpflichtet. Die andere Versuchung ergibt sich da, wo die Kirche sich in einem spiritualistischen Missverständnis von der Welt isoliert.“ Die Denkschrift fordert dementsprechend, sich zu einem kritischen und zugleich selbstkritischen Weltdienst zu bekennen, der auf eine „aktive Veränderung gesellschaftlicher Strukturen“ ausgerichtet ist, ohne innerweltlichen Heilsprogrammen hinterherzulaufen.

Foto: Wolfgang Radtke / Misereor



Darin spiegelt sich die Aufbruchsstimmung, die mit der Ökumenischen Vollversammlung von Uppsala 1968 (und weiter angefangen von der Studentenbewegung) auch in der Bundesrepublik Deutschland entstanden war. Sie ermöglichte es, die Verantwortung der Kirchen für mehr Gerechtigkeit, gegen Rassismus und für Frieden in der ganzen Welt nicht nur konkreter zu beschreiben, sondern auch durch eigenes Handeln und den Aufbau entsprechender Institutionen zu bezeugen. Zu den Aufgaben der kirchlichen EZ gehörte somit sowohl die Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort als auch die politische Einflussnahme in Deutschland, um den strukturellen Ursachen der Armut entgegenzuwirken.

Obwohl die Zuwendung staatlicher Mittel aus der Sicht der kirchlichen Werke weder ihre inhaltliche noch ihre operative Eigenständigkeit ernsthaft gefährdet, bleibt der hohe Anteil staatlicher Mittel ein gern verdrängtes Problem. Inhaltliche Eigenständigkeit beruht idealerweise auf finanzieller Unabhängigkeit, und das heißt auf einem eigenen Beitrag, der die Glaubwürdigkeit des Engagements bezeugt.

In der Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Lage in dieser Hinsicht seit den

Der für Misereor zuständige Erzbischof von Hamburg, Werner Thissen, besucht einen Slum in der philippinischen Hauptstadt Manila.



1970er Jahren gegenläufig entwickelt. Rechnet man die Mittel von „Brot für die Welt“ (das keine staatlichen Zuschüsse erhält) und des EED (der keine Spenden einwirbt) zusammen, dann ist laut den Finanzberichten beider Werke der Anteil der staatlichen Beiträge an ihren Gesamtmitteln von rund 32 Prozent im Jahr 1972 auf rund 50,6 Prozent im Jahr 2006 angestiegen. Zuletzt lag er 2010 bei 47 Prozent. Bei Misereor überwiegt der Anteil der staatlichen Zuwendungen die Eigenmittel. Misereor und der EED haben im Jahr 2010 zusammen 219,3 Millionen Euro vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhalten; dem standen 150,1 Millionen Euro an eingeworbenen Spenden und Kollekten sowie 56 Millionen Euro Zuwendungen von den Kir-

Gerlind Schneider, Referentin für Indien und Pakistan im EED (rechts), trifft sich mit Vertreterinnen einer Föderation von Selbsthilfegruppen im indischen Chennai. Die Föderation setzt sich für die Belange von Slumbewohnerinnen und -bewohnern ein.

chen gegenüber (8,5 Millionen Euro aus katholischen und 47,5 Millionen Euro aus evangelischen Kirchensteuermitteln).

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an den Beschluss der Ökumenischen Vollversammlung in Uppsala 1968: „Wir sind bereit, uns selbst eine Abgabe aufzuerlegen, um damit ein weltweites Steuersystem vorzubereiten. Jede Kirche sollte in Ergänzung der Beiträge, die sie für die Mission und andere Programme ausgibt, einen solchen Anteil ihres regulären Einkommens für Entwicklung zur Verfügung stellen, dass er ein wirkliches Opfer darstellt.“ Die EKD-Synode in Spandau beschloss im gleichen Jahr, zwei Prozent der Einnahmen aus Kirchensteuern für Entwicklungsaufgaben in Übersee zur Verfügung zu stellen. Dieser Anteil sollte später auf fünf Prozent erhöht werden. Damit schien ein entscheidender Schritt über das Spenden hinaus zum Teilen erreicht worden zu sein.

Aus der Sicht der Spandauer Synode ging es nicht in erster Linie um mehr Barmherzigkeit, sondern um eine gerechte Weltordnung, in der es unter anderem Strukturen für einen internationalen Finanztransfer geben müsste. Die Rolle der Kirchen sollte die des Vorreiters sein, der den weltlichen Regierungen zeigen würde, dass derartige Transfersysteme

Die starke Hinwendung zur Anwaltschafts-Arbeit ist ein Beleg für die politische Eigenständigkeit der kirchlichen Werke und für einen Lernprozess angesichts von Erfahrungen mit Partnerorganisationen.

möglich sind. Aus dieser Perspektive ist die heutige Situation einer kirchlichen EZ, die sich auf staatliche Transfers verlässt, ernüchternd. Und sie

hinterlässt einen schalen Nachgeschmack, wenn man an die vielen Appelle denkt, die öffentliche Entwicklungshilfe auf das Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, die gerade kirchliche Akteure seit eh und je an die Bundesregierung richten. Der Versuch Eberhard le Coutres und anderer Vorkämpfer der kirchlichen EZ, aus Anlass des vierzigjährigen Bestehens der kirchlichen Werke an die Selbstverpflichtung von Spandau zu erinnern, blieb folgenlos. Der Berliner Bischof Wolfgang Huber konstatierte nur, dass „es leider nie zu einer Steigerung auf 5 Prozent gekommen ist, sondern sich sogar die Marke von 2 Prozent als außerordentlich kühn erwies“. Das war nicht übertrieben.

| Hinwendung zur Anwaltschaft

Die starke Hinwendung der kirchlichen Werke zur Anwaltschafts-Arbeit, die sich in den vergangenen Jahrzehnten vollzogen hat, ist jedoch ein Beleg für die politische Eigenständigkeit der kirchlichen Werke. Sie ist auch ein Beleg für den Lern- und Reflexionsprozess, der in den Werken vor dem Hintergrund ihrer praktischen Erfahrungen mit den Partneror-



Foto: MCCSS

Produktionshalle für Textilien in Vietnam. Länder außerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stellen heute 40 Prozent des Welthandels.

ganisationen stattgefunden hat. Entwicklung und Kooperation für Entwicklung werden heute anders definiert als vor 50 Jahren: weniger als tätige Anteilnahme und stärker als Unterstützung von politischen, sozialen, kulturellen, institutionellen und ökonomischen Veränderungsprozessen in den Partnerländern, die flankiert werden von Veränderungen in der Politik der Geberländer zugunsten von Frieden, Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. So nehmen die Kirchen mit ihren Werken, mit Denkschriften, Beschlüssen von Synoden und Bischofskonferenzen und gemeinsamen Worten in der Tat die Aufgabe wahr, den „Mächtigen und Regierenden ins Gewissen zu reden“.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Kirchen nicht einfach das Gegenüber des Staates sind. Sondern das kirchliche Weltbild spiegelt seinerseits Trends und politische Präferenzen in der Gesellschaft außerhalb der Kirchen. Insofern geht die Einflussnahme auch nicht einseitig von den Kirchen zum Staat, sondern ebenso, wenn nicht in stärkerem Maße, vom Staat zu den Kirchen. Ohne hin werden die meisten Ziele, die sich die Kirchen in ihrer EZ setzen, von den staatlichen Zuwendungsgebern geteilt. Das trifft auch auf die „Option für die Armen“ zu, die die Kirchen als ihr Markenzeichen betrachten. Kontroversen bestehen hier eher mit Blick darauf, wie die Ziele umgesetzt werden sollen – Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel versteht Wirtschaftsförderung als einen Weg zur Armutsbekämpfung. Und selbst die Kontroversen über die Strategien scheinen zu schrumpfen angesichts des Sachverhalts, dass die viel diskutierten Erfolge beim Abbau der Armut (nach dem Maßstab der Millenniums-Entwicklungsziele) auch die kirchlichen Werke zwingen, gängige Vorstellungen über die Ursachenketten in der Armutsbekämpfung zu überdenken.

Es gibt Bereiche der EZ, in denen die kirchlichen Werke mit ihren Partnern Möglichkeiten haben, die staatlichen Agenturen verschlossen bleiben: zum Beispiel über Jahre hinweg in von Bürgerkriegen und Konflikten gezeichneten Ländern wie dem Sudan Kirchenräte in einem Prozess zu begleiten, in dem sie sich als Friedensvermittler neu definieren und ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen. Die Förderung von Menschenrech-



Foto: Ulrich Dornberg / Misereor

ten, von Demokratie und Friedensprozessen ist in vielen Ländern ohne kirchliche Werke (und andere zivilgesellschaftliche Organisationen) für die staatliche EZ nicht möglich. Darüber hinaus bringen Kirchen eine spirituelle Kompetenz in die Nord-Süd-Kommunikation ein, die der weltlichen Seite so fehlt. Kirchen rücken in Verbindung damit auch die gesellschaftliche Dimension von politischen Aushandlungsprozessen stärker in den Vordergrund, als das der jeweiligen Staatsräson oft lieb ist.

| Anpassungszwänge

Der kirchliche Anspruch auf Eigenständigkeit in der EZ findet in diesen Sachverhalten seine sachliche Begründung. Allerdings gibt es im Verhältnis von Staat und Kirche keine Einbahnstraßen. Die Einflüsse gehen in beide Richtungen. Dazu trägt auch die Professionalisierung der kirchlichen EZ bei. In professioneller Hinsicht sprechen alle in der EZ Engagierten ohnehin eine gemeinsame Sprache. Die Glaubwürdigkeit kirchlicher EZ hängt denn auch nicht davon ab, dass sie auf staatliche Mittel verzichtet. Sie könnte allerdings durch einen größeren Eigenanteil – gerade auch in Krisenzeiten – gestärkt werden.

Die kirchlichen Werke müssen ihre inhaltliche Eigenständigkeit immer wieder bekräftigen. Für sie als Zuwendungsempfänger stellen die vom BMZ vorgegebenen Länderkataloge, Sektorstrategiepapiere und Prinzipien eine Orientierung, wenn auch keine Verpflichtung dar. Dies ist wichtig, weil die staatliche Seite daran interessiert ist, kirchliche

Mittel und Kapazitäten zu nutzen, um eigene Vorhaben kostengünstig und effektiv umzusetzen, wo staatliche Handlungsmöglichkeiten beschränkt sind.

Der kirchliche Entwicklungsdienst hat klein angefangen. Demnächst wird sein evangelischer Zweig im Zuge der Fusion von „Brot für die Welt“ und dem EED sowie der Diakonie ein neues großes Werk und bezieht ein Haus nicht weit entfernt von den Ministerien. Damit werden die Wege von der staat-

Uranabbau in Brasilien. Das Land erreicht Wirtschaftswachstum und eine Verringerung der Armut, jedoch auf Kosten der Umwelt.

Foto: Susanne Friess / Misereor



lichen zur kirchlichen EZ kürzer. Es ist Sache der Kirchen, dafür zu sorgen, dass dies nicht zu einer inhaltlichen Angleichung führt.

Dabei entgehen sie aber nicht den Anpassungszwängen, die sich aus der Sache selbst ergeben. Im Rahmen der ökonomischen Globalisierung sind der grenzüberschreitende Handel, die transnationalen Finanzmärkte und die Mobilität in ungekanntem Ausmaß gewachsen. Dies hat auch den Aufstieg von Ökonomien des Südens ermöglicht. War vor 20 Jahren der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel marginal, erzeugen heute Länder außerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 49 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts und stellen 40 Prozent des Welthandels.

Gleichzeitig hat die ökonomische Globalisierung die Ausbreitung der Produktions- und Konsummuster der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft unterstützt und beschleunigt. Dies hat zu Wachstumsprozessen in den meisten Entwicklungsländern geführt, allen voran den großen bevölkerungsreichen Ländern China, Indien, Brasilien und Indonesien. Extreme Einkommensarmut ist in großem Stil reduziert worden, wenn auch nicht in allen diesen Län-

dern gleichermaßen. Insgesamt hat die Einkommensungleichheit zugenommen und ebenso der Umweltverbrauch. Die Trends zu Umweltschäden wirken sich global aus – insbesondere der Klimawandel. Davon sind auch Länder und Gesellschaften betroffen, die zu den Ursachen des Problems wenig oder nichts beitragen haben.

Diese Veränderungen erzeugen politische Anforderungen, die nationalstaatlich nicht bewältigt werden können und auch die Kirchen zwingen, ihr Engagement immer wieder neu auszurichten. Die gegenwärtige Fusion auf evangelischer Seite sollte zum Anlass genommen werden, dies in grundsätzlicher Weise zu tun. Transformation statt Entwicklung könnte als Hauptaufgabe der internationalen Zusammenarbeit formuliert werden. Denn jede Strategie einer nachholenden Entwicklung würde die vorhandenen Krisentendenzen verschärfen – vor allem die Umweltkrisen.

In einer globalisierten Ökonomie ist eine Transformation in Richtung nachhaltiges Wirtschaften notwendig an globale politische Kooperation gebunden. Erforderlich ist

Transformation statt Entwicklung kann als neue Hauptaufgabe formuliert werden. Denn jede Strategie einer nachholenden Entwicklung würde heute Krisentendenzen verschärfen – vor allem die Umweltkrisen.

eine globale „Kooperationsrevolution“, die sich neuartige globale Ziele setzt (Ungleichheit verringern, Energiewende voranbringen, Erdökosysteme schützen) und dafür neuartige Muster der Zusammenarbeit

zwischen Ländern zulässt – einschließlich partiellem Souveränitätsverzicht. Für diese Transformation zu streiten, wird für die Zukunftssicherung zentral werden. Dies kann und müsste bisher getrennte entwicklungs-, umwelt- und außenpolitische Akteure zusammenführen. Die Kirche muss in diesem Zusammenhang nicht nur den Mächtigen ins Gewissen reden, sondern auch sich selbst, soll ihr bisheriges Engagement für Weltverantwortung nicht dem Trend zur Besinnung auf das geistliche Kerngeschäft zum Opfer fallen – mehr „geistliche Profilierung statt undeutliche Aktivität“, wie das im Impulspapier „Kirche der Freiheit“ der EKD von 2006 genannt wurde. | |

Literatur

Rat der EKD (Hg.): **Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit**, Gütersloh 1973.

Rat der EKD (Hg.): **Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert**. Ein Impulspapier des Rates der EKD, 2006.

WBGU: **Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation**, Berlin 2011.



Imme Scholz

ist stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn und Mitglied der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung.



Lothar Brock

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und war von 1996 bis 2008 Vorsitzender der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung.



Als Freiwillige in Kambodscha

Eine 19-jährige Deutsche arbeitet für ein Jahr im „Zentrum für Kinderglück“ in Phnom Penh mit

| Jürgen Hammelehle

Rund 3800 junge Menschen reisen jährlich mit dem Freiwilligenprogramm „weltwärts“ in Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Ein Jahr sind sie vor Ort. Die Kirchen mit ihren langfristigen Partnerbeziehungen gehören zu den Trägern der Freiwilligendienste. Bis zu 75 Prozent der „weltwärts“-Kosten werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert, das das Programm 2007 auf den Weg gebracht hat. Den Teilnehmenden soll bewusst werden, welches privilegierte Leben sie in Europa haben, und ihr entwicklungspolitischer Blick soll geschult werden. Nach ihrer Rückkehr sollen die Freiwilligen sich entwicklungspolitisch engagieren, im besten Fall arbeiten sie ehrenamtlich auf Veranstaltungen mit.



Foto: Jürgen Hammelehle / EED



„Seit 50 Jahren tragen die christlichen Hilfswerke Misereor und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) dazu bei, die Lebenssituation der Menschen in

Entwicklungsländern zu verbessern. Als Bundestagsabgeordneter, der sich seit vielen Jahren in der Außen- und Entwicklungspolitik engagiert, weiß ich, welch großartige Arbeit Misereor und EED hier seit fünf Jahrzehnten leisten. Mit diesem Ansatz tragen Misereor und EED zu einer echten Entwicklung bei.

Die Arbeit der Hilfswerke wird zu einem großen Teil durch die Spenden und das freiwillige Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht. Ihnen gilt an dieser Stelle deshalb ein besonderer Dank. Ich wünsche Misereor und EED für die Zukunft alles Gute und den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gesundheit und natürlich Erfolg bei ihrer wichtigen Arbeit.“

Harald Leibrecht

ist FDP-Abgeordneter und Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

„Bisher habe ich es keinen Tag bereut, dass ich als Freiwillige nach Kambodscha gekommen bin“, sagt Janina Pröttsch. Seit August 2011 ist die 19-Jährige beim „Center for Children’s Happiness“ tätig, einer Organisation, die Waisen und vernachlässigten Kindern eine Zuhause bieten. Sie wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) als Fachorganisation auf den Freiwilligendienst vorbereitet und entsendet. Vor Ort hat sie einen Mentor und sie war gerade, nach einem halben Jahr Aufenthalt in ihrem Gastland, auf einem Zwischenseminar. „Dort habe ich mir vorgenommen, noch besser die Landessprache Khmer zu erlernen, um mit meinen Kolleginnen und Kollegen und auch mit meiner Gastfamilie intensivere Gespräche führen zu können“, erzählt die Freiwillige.

Sie muss sich nun schon darum kümmern, die Weichen für die Heimreise zu stellen. Studienplatzbewerbungen gehören genauso dazu wie die Wohnungssuche, die, aus einem fernen Land organisiert, gar nicht so einfach ist. Aber derzeit steht für Janina Pröttsch noch die Arbeit in Phnom Penh im

Die Arbeit als Freiwillige macht Spaß: Janina Pröttsch unterrichtet Englisch im „Center for Children’s Happiness“.

Vordergrund. Bei „ihrer“ Organisation werden mehr als 100 Schülerinnen und Schüler im Alter von fünf bis 16 Jahren betreut. Dazu gehört, dass die Kinder die vierstündige Regelschule besuchen und nach einer zweistündigen Pause Zusatzunterricht bekommen: Computerkunde, nähen oder kochen lernen, aber auch das Vorlesen von Büchern oder Bilder malen gehören dazu.

Die junge Frau gibt Englischunterricht. Für die Kinder ist es eine einmalige Chance, denn Englisch ist in der Regelschule nicht vorgesehen und somit besetzt die Freiwillige auch keinen einheimischen Arbeitsplatz. Die zweite Aufgabe der in der Nähe von Hamburg Aufgewachsenen ist die Organisation der Freiwilligenarbeit bei ihrem Träger. Sie koordiniert das Team von Kurzzeitfreiwilligen aus Europa, den USA und Australien, teilt freie Tage ein, hat Regeln für alle aufgestellt und macht Unterrichtspläne. Dabei hat sie erkannt, dass es großen Spaß macht, Dinge zu organisieren und zu strukturieren – Tätigkeiten, die sie gerne auch in ihrem

Symbol der Einheit

Wie das Health Training Institute im südsudanesischen Wau Kriegen und Konflikten getrotzt hat

Lernen in Misereor-Projekten

Auch Misereor bietet jungen Erwachsenen mit entwicklungspolitischem Interesse im Alter von 18 bis 28 Jahren einen Freiwilligendienst bei einer erfahrenen Partnerorganisation in Afrika, Asien oder Lateinamerika an. Dieser Lerndienst kann neun bis zwölf Monate dauern. Er findet im Rahmen des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Programms „weltwärts“ statt. Derzeit sind elf junge Leute in Misereor-Projekten im Einsatz.

späteren Arbeitsleben machen möchte. Ihr zukünftiger Berufswunsch ist ebenfalls durch die Erfahrungen in Kambodscha geprägt: Sie möchte internationales Recht studieren und sich dann weiterentwickeln in Richtung Frauen- oder Kinderrechte. Auch das Thema Geschlechtergerechtigkeit wird – da ist sie sich sicher – in ihrem Arbeitsleben eine wichtige Rolle spielen.

Janina Pröttsch war schon vor ihrer Ausreise nach Kambodscha für die Problematik der Entwicklungszusammenarbeit sensibilisiert. Doch jetzt „werde ich bei meinem Konsumverhalten noch genauer hinschauen“, sagt sie. Und weiter: „Durch das weltwärts-Programm habe ich nicht nur Fähigkeiten an mir entdeckt, die ich später anwenden möchte. Ich habe dadurch auch so richtig schätzen gelernt, dass ich 13 Jahre lang kostenlos eine sehr gute Schulbildung bekommen habe – ein Privileg, das die meisten Kinder in Kambodscha nicht haben.“



Jürgen Hammelehe
leitet die Öffentlichkeitsarbeit des EED.

| Armin Senger

Entwicklungsprojekte sind keineswegs immer lückenlose Erfolgsgeschichten. Oft gibt es Rückschläge, ändert sich die politische Situation, brechen Naturkatastrophen oder Kriege herein. Dass es sich lohnt, trotz aller Widrigkeiten nicht aufzugeben, zeigt das Health Training Institute (HTI) im südsudanesischen Wau.

„Allein die Tatsache, dass das HTI immer noch da ist, finde ich unglaublich positiv“, sagt Cora Laes-Fettback, Misereor-Referentin für den Sudan. Seit den 1970er-Jahren begleitet Misereor Planung, Aufbau und Entwicklung dieser Bildungseinrichtung für medizinische Fachkräfte – wenn auch mit Unterbrechungen. Die Bilanz der Projektarbeit spiegelt die Kriege und Konflikte in der wechselhaften Geschichte des Sudans.

Die Geschichte des Health Training Institute beginnt unmittelbar nach dem Ende des ersten Sezessionskrieges im Sudan. Von 1955 bis 1972 hatte der christlich und animistisch geprägte Südsudan für seine Unabhängigkeit vom muslimischen Norden gekämpft. Im Friedensvertrag von Addis Abeba (Äthiopien) wurden dem Süden weitgehende Autonomie-rechte zugestanden.

Dort leben in den 1970er Jahren 90 Prozent der Menschen auf dem Land. Sie ernähren sich überwiegend in Subsistenzwirtschaft. Es gibt keine nennenswerte Infrastruktur. Die wenigen Hospitäler und Gesundheitseinrichtungen sind für die meisten nicht zu erreichen. Die Republik Sudan plant daher mit Hilfe der Weltgesundheitsorganisation WHO, eine ambulante Versorgung in den Dörfern und Distrikten aufzubauen. Doch für ein solch umfassendes Gesundheitsprogramm fehlt es an medizinischen Fachkräften. Sie müssen zunächst ausgebildet werden.

Ein wichtiger Baustein soll das Health Training Institute in Wau sein, der Hauptstadt des Bundesstaates Western Bahr el Ghazal. Die Sudanesische Bischofskonferenz erklärt sich bereit, die Verantwortung für den Aufbau dieser Bildungsstätte zu übernehmen, die später in die Obhut des Staates überge-

hen soll. Zukünftig sollen hier 160 Studenten ausgebildet werden, ein Teil von ihnen zu „Medical Assistants“, die viele Aufgaben von Ärzten übernehmen können. Daneben soll es Kurse für Krankenschwestern mit Leitungsfunktion („Registered Nurses“) und Geburtshelferinnen („Certified Midwives“) geben. Zudem sollen Assistenten für Umweltgesundheit („Environmental Health Assistants“) die Gesundheitsprävention stärken. Ihre Aufgabe ist es, Krankheiten zu bekämpfen, die etwa durch Abwassersysteme oder Brunnen übertragen werden.

1977 sind die Planungen für das HTI fertig. Aus den Akten lässt sich noch heute die Bedeutung des Projektes für die Weiterentwicklung des Südens herauslesen. Als „Prioritätsprojekt ersten Ranges“ bezeichnet es die Regierung, andere sehen ein „Symbol für die Einheit des Landes“. Die sudanesischen Bischöfe wenden sich an Misereor und bitten um Hilfe. In den folgenden sechs Jahren finanziert Misereor den Aufbau und die Einrichtung des Instituts mit 5,25 Millionen DM, von denen 3,8 Millionen im Rahmen der kirchlich-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit vom Bundesentwicklungsministerium stammen.

Klassenraum des Health Training Institute in Wau. Hier werden medizinische Fachkräfte ausgebildet, die das Land dringend benötigt.

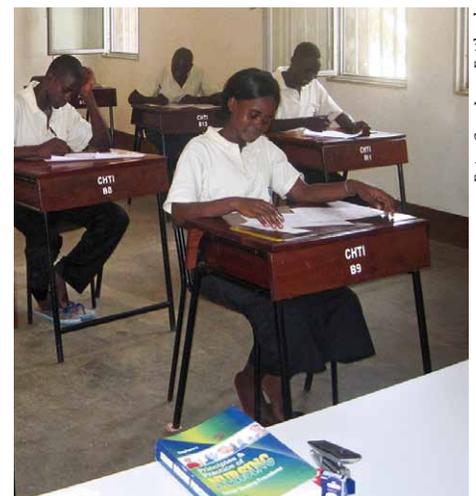


Foto: Cora Laes-Fettback

| Ein konfliktreicher Anfang

Wau, 1983: Schlechter hätte es eigentlich nicht laufen können. Nach langer Planung und Bauzeit ist das HTI mit Klassenräumen, Laboratorien und Wohngebäuden endlich fertiggestellt. Und gerade jetzt kehrt der Bürgerkrieg zurück. Die Stadt Wau bleibt zwar in Regierungshand, ist aber abgeschnitten, da die Separatisten weite Teile des Südsudans beherrschen.

Misereor-Experte Ulrich Lenders, der damals für das HTI zuständig war, erinnert sich. „Mit der Fertigstellung des Institutes hatten wir eine hervorragende Infrastruktur. Doch die Kurse konnten aufgrund des Konfliktes nicht wie geplant beginnen.“ Zwar startet 1983 ein Hebammenkurs, er muss aber abgebrochen werden. Unter anderem weil die Teilnehmer nach ihrem Urlaub wegen der



„Die hervorragende Arbeit der kirchlichen Hilfswerke ist ein unverzichtbares Element deutscher Entwicklungspolitik. Ich schätze die kritische und konstruktive Begleitung der parlamentarischen Arbeit und lege viel Wert auf die Meinung und Expertise beider Organisationen. Auf vielen Dienstreisen konnte ich mich vor Ort von der nachhaltigen Projektarbeit überzeugen.“

Die kirchlichen Hilfswerke bieten benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen Schutz und Unterstützung. Gleichzeitig leisten sie durch ihre große Reichweite in die heimischen Kirchengemeinden eine wertvolle entwicklungspolitische Bildungsarbeit und erhöhen somit die Akzeptanz für Entwicklungszusammenarbeit im Inland insgesamt. Ich gratuliere herzlich zum 50-jährigen Bestehen und hoffe gleichzeitig, dass es in 50 Jahren längst keinen Grund mehr zum Bestehen gibt.“

Dr. Sascha Raabe

ist entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag.

unsicheren Lage nicht zurückkehren können. Dennoch gelingt es in der Folge, vier Jahre lang den Lehrgang zum „Medical Assistant“ aufrecht zu erhalten, und dies in einer Zeit, in der die Stadt überwiegend per Flugzeug versorgt werden muss. „Das war vor allem dem großen Engagement des dortigen Personals zu verdanken“, erzählt Lenders.

Dennoch wird bald klar, dass der Lehrbetrieb in Wau nicht weitergehen kann. Als in der Region auch noch ein Kampf zwischen zwei Ethnien entbrennt, der mehr Opfer fordert als der Freiheitskampf gegen die Zentralregierung, fällt der Beschluss, die Bildungseinrichtung in den sicheren Norden zu verlegen. Ohnehin lässt die Versorgung zu Schwarzmarktpreisen die laufenden Kosten in schwindelnde Höhen steigen. Damit die Institutsgebäude nicht vom Militär okkupiert werden, richten einige Ordensschwester dort eine Apotheke und ein Dispensarium ein und bauen auf dem Gelände Gemüse an.

Auch wenn der Gebäudekomplex in Wau 1988 umgewidmet werden muss, war das Engagement nicht vergebens. Davon ist Cora Laes-Fettback noch heute überzeugt. „Ich treffe auf meinen Reisen in den Südsudan immer noch medizinische Fachkräfte, die in den 1980er Jahren vom HTI ausgebildet wurden und nur gut über das Institut sprechen. Es sind Menschen, die jetzt um die 50 Jahre alt sind und eine gute Arbeit leisten.“

Nach dem Umzug nach Wad Medani, wo das HTI nun an die Universität angegliedert wird, geht die Ausbildung weiter. Da sich bisher alle Pläne zerschlagen haben, das Institut in die Obhut des Staates zu übergeben, hilft Misereor bereits seit Jahren bei der laufenden Finanzierung. Immer noch ist es das Ziel, den besonders bedürftigen Südsudanern zu helfen. Daher werden weiter Menschen aus dem Süden des Landes ausgebildet – die meisten von ihnen intern Vertriebene – in der Hoffnung, dass diese später in ihre Heimatregionen zurückkehren können. Doch dazu kommt es in den seltensten Fällen. Denn die Lage im Süden bessert sich nicht. 1989 kommt die Regierung al-Bashir per Putsch an die Macht und installiert ein islamisches Regime. Die Arbeitsbedingungen am HTI verschlechtern sich unter dem Druck der neuen Regierung, zugleich werden die Kämpfe gegen die christ-

Foto: Cora Laes-Fettback



lichen Separatisten heftiger. „Die meisten Auszubildenden blieben damals im Norden“, erzählt Ulrich Lenders. „Viele von ihnen haben kleine Privatkliniken gegründet und leisteten in den Flüchtlingscamps medizinische Hilfe für andere Flüchtlinge aus dem Süden. Eine ganze Reihe unserer Absolventen arbeiteten auch für NGOs.“

Trotz der schwierigen Umstände geht die Ausbildung in Wad Medani auch in den 1990er Jahren weiter. In der ursprünglichen Planung sollte die Ausbildung über die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit organisiert werden, da man dabei die kirchlichen Strukturen im Süden zu nutzen gedachte. Doch auch im inzwischen fundamentalistisch-islamischen Norden erweist sich die Förderung über die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe als Segen. Denn die USA setzen den Sudan wegen der politischen Entwicklungen auf die Liste der Schurkenstaaten. Eine direkte staatliche Zusammenarbeit ist damit nicht mehr möglich. Doch über die kirchlichen Strukturen kann die leidende Bevölkerung weiter unterstützt werden.

| Kein Erfolg ohne Frieden

Dennoch bleibt das Projekt nicht von Rückschlägen verschont. Trotz der guten Arbeit des HTI wird immer deutlicher: Solange kein Frieden herrscht und eine gute Regierungsarbeit nicht garantiert ist, können die Ziele



Links: Gelände des HTI in Wau mit dem Gebäude der Institutsleitung.
 Unten: Pharmakologie-Unterricht im Rahmen der theoretischen Ausbildung.
 Rechts unten: Praktische Ausbildung von Absolventen des HTI am Catholic St. Comboni Hospital.
 Rechts oben: Patientinnen in einem sudanesischen Krankenhaus.

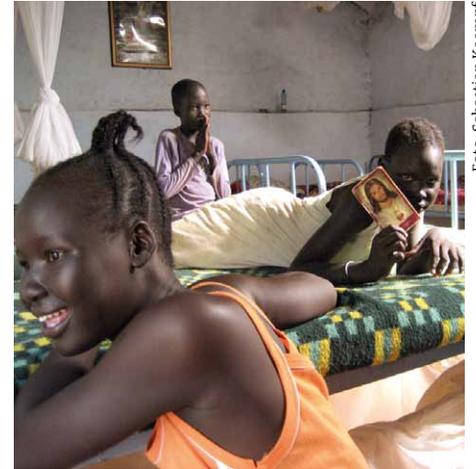


Foto: Sebastian Kaempf

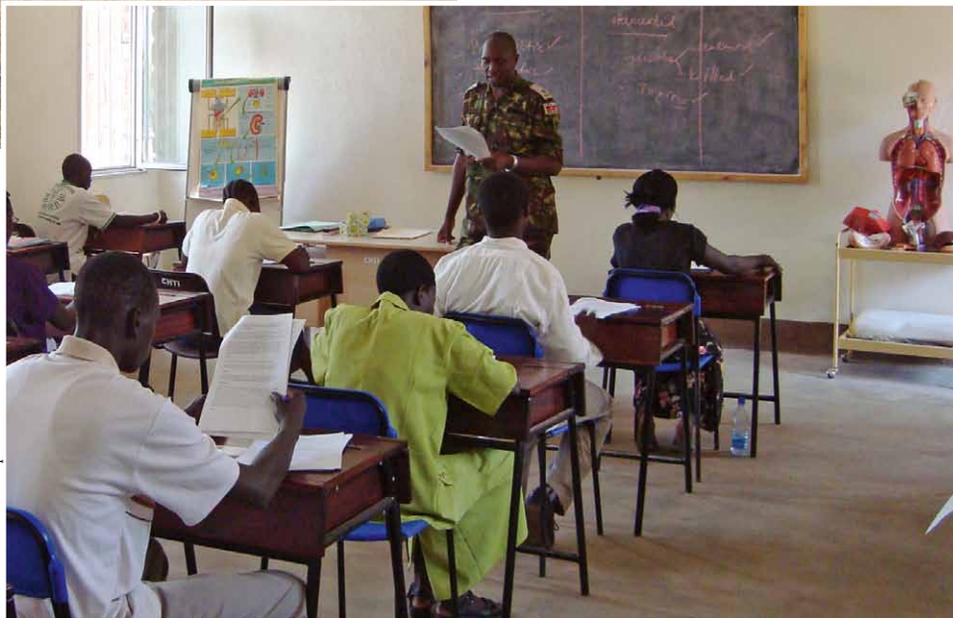


Foto: Sebastian Kaempf

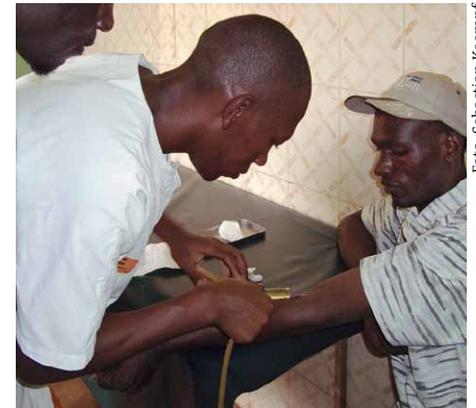


Foto: Sebastian Kaempf

nicht erreicht werden. Die sudanesische Regierung will unbedingt höher qualifiziertes Personal ausbilden, doch das ist nicht im Sinne der Armenorientierung von Misereor. Denn die besser ausgebildeten Fachkräfte würden wohl kaum in den Dörfern arbeiten wollen, wo der größte Bedarf besteht. Daher zieht sich Misereor 1998 aus der Finanzierung zurück. Bis dahin wurden acht Lehrgänge abgeschlossen, eine externe Prüfung bescheinigt den Ausbilderinnen und Ausbildern eine sehr gute Arbeit.

Ist das Health Training Institute als kirchliches Entwicklungsprojekt damit endgültig gescheitert? Mit dem Friedensschluss von 2005 gibt es endlich einmal gute Nachrichten. Schon im Folgejahr diskutiert Misereor mit den sudanesischen Bischöfen über eine Neuaufnahme der Ausbildung in Wau. 2008

findet sich mit „Solidarity with South Sudan“ ein Zusammenschluss verschiedener katholischer Orden, der bereit ist, Rechtsträger des neuen HTI zu werden.

Am 9. Juli 2011 verwirklicht sich die Unabhängigkeit des Südens. Der Südsudan wird jüngstes Mitglied der Staatengemeinschaft. „Seither ist unglaublich viel passiert“, beobachtet Cora Laes-Fettback auf ihren Reisen. „Straßen, die über Jahrzehnte vermint und zugewachsen waren, sind heute befahrbar, es tut sich was, ich habe im Land eine echte Aufbruchsstimmung bemerkt.“ Der Lehrbetrieb in Wau wurde wieder aufgenommen und soll

nun endlich so ablaufen, wie es immer geplant war. Wenn der Frieden hält, können jetzt die Fachkräfte ausgebildet werden, die das Land seit Jahrzehnten dringend benötigt. Cora Laes-Fettback will die Probleme nicht schönreden, schließlich ist die Infrastruktur des Landes immer noch desolat, es gibt weiter Konflikte um den Grenzverlauf mit dem Sudan und auch Differenzen über die Ölpipeline in Richtung Norden. Aber dennoch: „Die Motivation der Schüler ist hoch, sie wollen lernen – und sie finden ein tolles Institut vor.“

**Armin Senger**

ist bei der Kommunikationsagentur MediaCompany für Redaktion sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

„Armut ist nicht nur ökonomische Armut“

Isabel Richardson, Geschäftsführerin von MCCSS, über die Prävention von Frauen- und Mädchenhandel und die Stärkung von Frauen und Dalits

Madras Christian Council of Social Service (MCCSS) ist eine nichtstaatliche Organisation in Chennai (vormals Madras). Sie arbeitet seit vier Jahrzehnten in den Slums dieser südindischen Stadt. Dabei ist der Aufbau von sozialen und wirtschaftlichen Selbsthilfestrukturen, insbesondere unter Frauen, der zentrale Ansatz. Auch für Straßenkinder, junge Müllsammler, missbrauchte Kinder, Waisen und Halbwaisen engagiert MCCSS sich.

Ihre Arbeit umfasst viele Bereiche. Welches Thema bewegt Sie aktuell besonders?

Der Handel mit Frauen, Mädchen und Kindern. Sie werden als Sexsklavinnen, Bettlerinnen, für den Drogenschmuggel oder den

Organhandel verkauft. Wir setzen uns dafür ein, diesen Handel mit Hilfe von Aufklärung zu verhindern. Indien steht beim Menschenhandel momentan an dritter Stelle in der Welt. Unzählige Frauen werden innerhalb des Landes von einem Staat in den anderen verschleppt, und auch ins Ausland. Der Flughafen, der Bahnhof und der große Busbahnhof von Chennai machen die Stadt zu einem Einfallstor nach Südindien und, in ganz Indien, zur viertgrößten Drehscheibe und zum viertgrößten Bestimmungsort für den illegalen Menschenhandel. Die Polizei befreit bei Razzien in Bordellen die Opfer und bringt sie in staatlichen Einrichtungen unter. Das ist aber nur eine Übergangslösung, bis sie dem Schutz einer staatlich anerkannten NGO unterstellt werden. Jetzt kann ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft beginnen.

Wer sind die Täter?

Alle können die Täter sein – Eltern, Nachbarn, Geistliche, Politiker, Touristen, Sozialarbeiter – wirklich jeder. Meist sind es indische Männer. In Indien operiert ein großes Netzwerk des organisierten Verbrechens. Früher dachte man, Chennai sei sicher. Doch als wir 2004 unsere Präventionsarbeit begannen, hatte die Polizei gerade den Boss eines großen Sexhandels-Ringes verhaftet. Dadurch ist Chennai aufgewacht und hat begriffen, dass hier, in dieser Stadt, Frauenhandel stattfindet. Zu den Ursachen dafür gehören die zunehmende Migration, die Verwestlichung, die Globalisierung, Verwirrung in Bezug auf die Geschlechterrollen und wachsende Armut. Unsere Arbeit mit den aus dem Frauenhandel Befreiten ist Teil des Empowerments von Frauen.

Ist Ihre Tätigkeit besonders auf die Stärkung von Frauen ausgerichtet?

Die meisten unserer Programme sind für und von Frauen. Mit Hilfe des EED unterstützen wir sie darin, sich in Föderationen zusammenzuschließen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Eine Föderation besteht aus 20 Selbsthilfegruppen eines Bezirks. 27 solcher Föderationen gibt es insgesamt bei MCCSS. Sie greifen in ihrem Umfeld soziale, politische und zivilgesellschaftliche Fragen auf



„Wenn ich Partnerländer in Afrika, Lateinamerika oder Asien besuche, dann schaue ich mir fast immer auch Projekte an, in denen lokale Gruppen und Träger mit EED und

Misereor zusammenarbeiten. Projekte, die Partei ergreifen für die Schwächsten und Verletzlichsten: Menschen in Konflikten – ob mit Besitzern von großen Shrimpsfarmen in Bangladesch, von Goldminen in Peru oder von Palmölplantagen in Äthiopien. Ich bin immer wieder beeindruckt, wie Menschen in diesen Projekten ihre Würde wiederfinden, sich zusammenschließen, sich weiterbilden und sich wehren.

EED und Misereor beschränken sich nicht darauf, wichtige Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Sie arbeiten wirklich auf Augenhöhe mit den Projektpartnern vor Ort zusammen und stellen die Gerechtigkeitsfrage in beide Richtungen. Das führt zwangsläufig auch zu Kritik an ungerechten Verhältnissen im Süden wie im Norden. Und das ist auch gut so!“

Thilo Hoppe

(Bündnis 90/Die Grünen) ist stellvertretender Vorsitzender im Bundestagausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Foto: MCCSS



Isabel Richardson (zweite von links) leitet die indische Organisation MCCSS. Sie kann auf eine 17-jährige Erfahrung in sozialer und politischer Arbeit zurückblicken. Das Foto zeigt sie mit drei jungen Klientinnen.

und machen Anwaltschafts- und Lobbyarbeit. Alle Föderationen gemeinsam bilden eine Konföderation, sie heißt „Makkal Nala Mempattu Sangam“. Ein von den Föderationen selbst finanziertes und eigenständig verwaltetes Spar- und Kreditsystem für Slumbewohnerinnen ist auf der Ebene der Konföderation etabliert.

Haben sich die Schwerpunkte Ihrer Arbeit im Laufe der Zeit verändert?

Ja. MCCSS ist schon 1973 als NGO registriert worden. Ursprünglich war es eine Hilfsorganisation, die etwa nach Fluten oder Bränden die Überlebenden mit Nahrungsmitteln und Kleidung versorgte. Nach einigen Jahren ging MCCSS dazu über, Arme über ihre



sozialen und politischen Rechte aufzuklären. Dann hat sich die Organisation mit der Community-Entwicklung in Slums befasst. In den 1990er Jahren haben wir am Aufbau von sozialen Bewegungen mitgewirkt und eine große Rolle gespielt bei der Entwicklung von Politik gegen Vertreibungen und zu Stadtentwicklungs-Plänen. Danach war unser Schwerpunkt die HIV-Prävention. 2003/2004 schließlich haben wir verstanden, dass Frauen gestärkt werden müssen.

Wie ist Ihnen das bewusst geworden?

In der Mehrzahl unserer Programme waren Frauen die Teilnehmerinnen, Männer trafen die Entscheidungen. Da sie wirtschaftlich von Männern abhängig und weniger gebildet waren, blieben sie Zuschauerinnen, statt ihre eigenen Interessen zu vertreten. Wir merkten, dass die Frauen einen von den Männern getrennten Bereich brauchen, damit sie ihnen ebenbürtig werden können. Das ist nicht gegen Männer gerichtet, sondern stärkt die Frauen. Sie brauchten einen Ort, an dem sie ohne Scheu reden, ihre verborgenen Potentiale entdecken, ihre Talente

entfalten und die traditionellen Werte des Patriarchats entmystifizieren können.

In welcher Weise richtet sich Ihre Arbeit gegen Armut?

Armut bedeutet nicht nur ökonomische, sondern auch spirituelle oder psychosoziale Armut. Es gibt so viele Bereiche, in denen man sich arm fühlen kann – beispielsweise kann es einem an Liebe und Zuneigung mangeln. Doch die meisten Menschen, mit denen wir arbeiten, sind wirtschaftlich arm. Und viele unserer Klientinnen und Klienten sind Dalits. Sie gelten im Hindu-Kastensystem traditionell als „unberührbar“. Wir haben viele Möglichkeiten für sie geschaffen, ihren Status zu verbessern: Die Mehrzahl unserer Beschäftigten sind ebenso Dalits wie die beiden Bischöfe, die unserem Leitungsausschuss vorstehen.

Sind die Dalits in Ihrer Organisation alle Christen?

Nein. Wir werden von verschiedenen Kirchen unterstützt, wie zum Beispiel die katholische, methodistische und baptistische Kirche oder die Südindische Kirche, eine Vereinigung der protestantischen und anglikanischen Kirchen in Südindien. Obwohl unsere Leitungsgremien sich aus Kirchenvertretern und -vertreterinnen zusammensetzen, ist unsere Arbeit unabhängig von Kaste, Klasse, Glaubensbekenntnis oder Hautfarbe. Wir orientieren uns an christlichen Werten wie Liebe, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Wie unterstützen Sie Menschen spirituell?

Nehmen wir eine Überlebende von Frauenhandel, die wir in einem Heim untergebracht haben. Sie fragt sich: „Warum ist das geschehen? Warum mir? Wer ist Gott? Wo ist Gott? Warum bin ich, wie ich bin?“ Manche Überlebende haben einen Groll auf Gott oder sie sind teilnahmslos oder übertrieben fromm. Wenn Klientinnen und Klienten ein inneres Chaos zum Ausdruck bringen,

„Wir unterstützen Frauen darin, sich in Föderationen zusammenzuschließen, um für ihre Rechte zu kämpfen.“

das auch Erschütterung im Glauben beinhaltet, beraten wir sie und helfen ihnen, das Leben und den höheren Sinn des Daseins zu verstehen.

Beraten Sie auf einem christlichen Hintergrund?

Ja, meistens. Aber es hängt davon ab, welchen religiösen Hintergrund die Klientinnen und Klienten haben. Bei Christen beziehen wir uns auf die Bibel, bei Muslimen auf den Koran. In dieser Hinsicht ist MCCSS einzigartig. Ökumenische Organisationen findet man in Indien nur sehr selten. Der National Council of Churches in India, bei dem MCCSS Mitglied ist, hat eine ökumenische Basis, arbeitet aber sehr säkular und verleiht den Armen eine Stimme. Wenn Kirchen sich sozial engagieren, haben die Leute oft Angst, dass das hauptsächlich dem Zweck dient, sie zum Christentum zu bekehren. In Wirklichkeit ist es jedoch meist so, dass die befreiende Botschaft des Evangeliums die Armen anzieht und sie deshalb zu Christen werden. Ein anderer Grund für die Armen, den christlichen Glauben anzunehmen, besteht darin, der Grausamkeit des Hindu-Kastensystems zu entkommen, in das sie hineingeboren wurden. Außerdem leisten Kirchen gute Arbeit. In Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Entwicklung haben sie viel bewirkt. Mit den gemeinnützigen Organisationen anderer Religionen arbeitet MCCSS fruchtbar zusammen.

Warum arbeiten Sie für MCCSS?

Ich war dankbar und ich glaube an die Vorsehung. 1984 bis 1990 bin ich für MCCSS als Beraterin tätig gewesen. In Chennai war ich dank der innovativen Sozialarbeit von MCCSS bald sehr bekannt. Ich hatte die Möglichkeit, in vielen Bereichen Erfahrung zu sammeln, und habe mir mit der Zeit einen guten Ruf erworben. Dafür war ich dankbar und wollte MCCSS etwas zurückgeben. Ich habe es nie bereut, dass ich dieser Organisation beigetreten bin. Die Fortschritte derer zu sehen, denen unsere Arbeit zugutekommt, hat meine Motivation noch verstärkt. | |

Interview: Anja Ruf

Ein halbes Jahrhundert Entwicklung

DESCO verbindet Entwicklungsprojekte an der Basis mit dem Kampf um gesellschaftliche Veränderung

| Hildegard Willer

In Peru bringt die nichtstaatliche Organisation DESCO die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der armen Bevölkerung voran. Die Methoden dafür sind vielfältig: Auf dem Land fördert sie beispielsweise die Lama- und Alpakazucht, in der Stadt hilft sie, Armenviertel schöner und erdbebensicherer zu machen, im Rohstoffsektor setzt sie sich dafür ein, dass die Einnahmen der Entwicklung des Landes und der Menschen zugutekommen. DESCO kann bei seiner Arbeit auf fast fünfzig Jahre Erfahrung zurückgreifen. Und hat in dieser Zeit auch alle Höhen und Tiefen der Beziehung zwischen einer NGO und dem peruanischen Staat durchlaufen.

Sechs bis sieben zukünftige Pullover trägt das Alpaka mit sich herum, das Felipa Rojas vor sich her scheucht. So viel Wolle gibt ein ausgewachsenes Alpaka-Tier bei der jährlichen Schur, erzählt die junge Züchterin. 150 Alpaka-Tiere hat sie zu Hause, in der Gegend um Cusco. Jetzt aber ist sie zum Praktikum an ihre alte Ausbildungsstätte in die benachbarte Region Arequipa gekommen, nach Toccra. Auf der 4400 Meter hoch gelegenen Hochebene im Süden Perus weht ein rauer Wind, die Gegend ist karg, es wachsen ein paar Grasbüschel. Hier fühlen sich die südamerikanischen Kameltiere am wohlsten.

Die peruanische nichtstaatliche Organisation DESCO hat in Toccra in der Provinz Caylloma mit Hilfe des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) das „Zentrum für Alpaka-Studien“ ins Leben gerufen. Die junge Felipa Rojas ist eine von vielen Bäuerinnen, die hier seit 15 Jahren lernen, wie man Alpakas und Lamas richtig füttert und züchtet, wie man sie schert, die Wolle klassifiziert, kardätscht und nachher auch an den Abnehmer bringt.

Lamas, Alpakas und Vicuñas auseinanderzuhalten ist für Felipa ein Kinderspiel. Die Tiere mit den langen Hälsen, sagt sie, seien Lamas. Deren Wolle wird nur lokal verwendet,



Foto: Hildegard Willer

Die südamerikanischen Kameltiere sind in der Region Arequipa, Peru, eine wichtige Einkommensquelle: links ein Alpaka, rechts ein Lama (Foto oben). Frauen verarbeiten Tierfelle (Foto rechts).

für größere Artikel wie Teppiche. Das cholesterinarme Fleisch dagegen findet im Süden Perus immer mehr Abnehmer. In Toccra steht ein Solar-Trockner, in dem das Lama-Fleisch eingesalzen und getrocknet wird, bis das jahrelang haltbare „Charqui“-Fleisch daraus wird.

Die kuscheligen Alpakas sehen aus wie etwas zu groß geratene Schafe mit verlängertem Hals, der aber deutlich kürzer ist als der der Lamas. Aus ihrem Fell wird die begehrte Alpaka-Wolle gesponnen. Alpakas und Lamas sind die domestizierte Art der südamerikanischen Kameltiere. Die wild lebende Art, die Vicuñas, ähneln dagegen europäischen Rehen. Sie grasen ein paar Kilometer weiter im Naturschutzgebiet „Salinas y Aguadas Blancas“, das DESCO im Auftrag des peruanischen Staates betreut. Das feine Vicuña-Haar gilt als „Faser der Götter“ im an sich schon luxuriösen Edelwolle-Geschäft.



Foto: DESCO

Als DESCO vor gut 25 Jahren erstmals Projekte im Departement Arequipa in Südperu startete, stand Oscar Toro vor der Frage, wie man die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der armen Landbevölkerung am besten voranbringen könnte. Der studierte Soziologe, der bis letztes Jahr das Programm „DESCO Sur“ von Arequipa aus geleitet hat, setzte damals auf die Förderung der heimischen Kameltiere. „Als wir hier angefangen haben, waren die Herden durchmischelt. Lamas, Alpakas, Schafe und Kühe weideten zusammen“, erinnert sich Oscar Toro.

Unten: Blick auf die Gegend um Villa El Salvador am Rande Limas. Rechts: Eudalón Ramos, der selbst hier wohnt, koordiniert in der Kommune eine Erdbebenübung.

Foto: Ramiro García



Foto: Ramiro García

Dank moderner Zuchtmethoden hat sich das verändert: Lamas und Alpakas werden getrennt voneinander gehalten, was die Qualität der Wolle sehr verbessert hat. Aus Peru stammen heute 80 Prozent der weltweiten Alpaka-Produktion.

Ein Nadelöhr ist jedoch weiterhin der Handel. Zwei Handelshäuser aus der Stadt Arequipa haben das örtliche Oligopol, einen „Fairtrade-Markt“ für Alpaka-Wolle gibt es erstaunlicherweise bisher nicht – und das, obwohl sie fast ausschließlich für den Export produziert wird. „Einige unserer Züchter haben begonnen, direkt an kleine Textilproduzenten in Italien zu exportieren“, sagt Oscar Toro. Auch setzt sich DESCO dafür ein, dass die Weiterverarbeitung vermehrt in kleinen Betrieben in Peru selbst geschieht.

Vor 25 Jahren wurden Alpakas und Lamas als ungenießbare und schmutzige Tiere angesehen. Heute gilt ihre Zucht als vielversprechender Wirtschaftszweig in den Hochanden, der auch von den Kommunen mit öffentlichen Geldern gefördert wird. Diesen Erfolg darf sich auch DESCO auf seine Fahnen schreiben.

An anderen Orten Südperus fördert DESCO angepasste Verfahren des Maisanbaus, der Milchwirtschaft oder die kleinbäuerliche Produktion von organischem Traubenschnaps. Unterstützt haben DESCO dabei verschiedene Partner aus Europa und den USA, darunter der EED. Oscar Toro schätzt dabei besonders, dass der EED DESCO Sur mit einem Zuschuss zum Gesamtprogramm in Arequipa fördert, der größere Planungsfreiheit erlaubt als ein bis ins Detail vorgeplantes Projekt.

Mit einem Hauptbüro in Lima, sieben örtlichen Büros und insgesamt 130 Mitarbeitenden ist DESCO heute eine der größten nicht-staatlichen peruanischen Organisationen im Entwicklungsbereich. Und eine der ältesten: Vor 47 Jahren gründeten junge Akademiker, von der katholischen Soziallehre beeinflusst, in Lima das „Studien- und Entwicklungszentrum DESCO“. Ihr Ziel: armen Bevölkerungsschichten Entwicklungschancen zu eröffnen. In dieser Mission hat DESCO alle Höhe- und Tiefpunkte der Beziehung zwischen einer NGO und dem peruanischen Staat durchlaufen. In seinen Anfangsjahren unterstützte es die sozialen Programme der linken Militäregierung, bis der Ruf nach Demokratie laut wurde und sich die Mitglieder des Vereins DESCO klar für die Demokratie aussprachen.

In den nachfolgenden Regierungen Belaúnde (1980-1985) und Alan García I (1985-1990) hatte die NGO weniger unter staatlicher Willkür als unter den Bedrohungen durch den „Leuchtenden Pfad“ zu leiden. Die maoistische Terrorgruppe sah jegliches Projekt zur Verringerung der Armut als revisionistisches Hindernis auf dem Weg zur großen Revolution. Zwar fielen ihren Anschlägen keine Mitarbeitenden von DESCO zum Opfer, jedoch arbeitete die Organisation eng mit Basisaktivistinnen und -aktivisten zusammen, die dann vom „Leuchtenden Pfad“ ermordet wurden.

Kompliziert waren die Beziehungen zwischen den peruanischen NGOs und dem Staat auch in den 1990er Jahren, als Präsident Alberto Fujimori Peru nicht nur einen neoliberalen Wirtschaftsschock verpasste, sondern auch demokratische Spielregeln außer Kraft setzte. „Eine Gruppe von NGOs, zu der wir auch gehörten, hat damals die Menschenrechtsverletzungen der Regierung Fujimori stark kritisiert“, erinnert sich Eduardo Ballón, der seit Anfang an bei DESCO arbeitet und von 1997 bis 2001 die Organisation leitete. Die peruanische Regierung errichtete damals eine neue Behörde, bei der sich alle Organisationen registrieren mussten, die Projekte mit ausländischen Hilfsgeldern durchführten. In der Praxis funktionierte diese Behörde als Kontrollorgan für unliebsame Regimekritiker.

Ein Armenviertel entwickelt sich zur Stadt

Trotz aller politischen Hindernisse gab es an der Basis Entwicklungsschritte, beispielsweise in Villa El Salvador, wo das katholische Hilfswerk Misereor mit KZE-Mitteln seit vielen Jahren Projekte der Stadtentwicklung fördert. Das Armenviertel liegt im Süden der

Foto: Ramiro García



Die Bewohner einer Siedlung ganz am Rand von Villa El Salvador leisten viel Eigenarbeit, um die Lebensqualität zu verbessern.

Hauptstadt Lima. Seit den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts kamen Menschen auf der Suche nach wirtschaftlichen Chancen oder auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg nach Lima und ließen sich in wilden Siedlungen entlang der kegelförmigen Täler („conos“) nieder. Villa El Salvador spielte dabei eine besondere Rolle. In den 1970er Jahren geplant, wurde das Armenviertel in den 1980er Jahren international bekannt, als die UNESCO die neue Stadt wegen ihrer Selbstorganisation zur Botschafterin des Friedens ernannte. Seit den 1980er Jahren berät DESCO die fortschrittliche Kommune in Fragen der Organisation und unterstützte die Errichtung eines Industrieparks, der heute in Lima als Vorzeige-Modell gilt.



„Die entwicklungspolitische Arbeit von EED und Misereor ist im wahren Sinne des Wortes lebensnotwendig für viele Menschen in den Ländern des Südens. Es

zeigt: Die Option für die Armen kann heute schon Realität werden. Ich teile vor allem auch die lebensnahe Expertise der beiden Organisationen und den Anspruch, strukturelle Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Aufgrund ihrer weltweiten Projekterfahrung sind sie heute unverzichtbarer Ratgeber und auch Kritiker auf politischer Ebene. Ich habe vor allem die Arbeit in Lateinamerika gegen Ausbeutung, für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit von EED und Misereor kennen und schätzen gelernt. Dazu kann ich den vielen mutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur gratulieren und wünsche weitere 50 engagierte und Hoffnung pflanzende Jahre!“

Heike Hänsel

ist entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag.

Heute ist Villa El Salvador zwar immer noch eine Gemeinde am Rande der Metropole Lima, man spürt hier aber die wirtschaftliche Dynamik, die insbesondere die Küstenstädte Perus im letzten Jahrzehnt ergriffen hat. Sogar die neu eingeweihte Stadtbahn hat in Villa El Salvador ihre Endhaltestelle. Die überbordende Wirtschaftsentwicklung hat jedoch auch Nachteile: Jeder baut hier, wie er kann. „Nur fünf Prozent der Häuser hier haben eine Baugenehmigung“, sagt Ramiro García. Der 37-jährige Betriebswirt ist selbst in Villa El Salvador geboren und leitet heute das dortige DESCO-Büro. Hochgefährlich wird es dann, wenn die Erde wackelt. Und das geschieht an der peruanischen Pazifikküste sehr häufig. 2007 war das letzte größere Erdbeben im Süden Perus, Lima kam damals mit dem Schrecken davon. Aber für Lima wird schon seit Jahren ein Jahrhundertbeben vorhergesagt – und dann steht es schlecht um die Bewohner Villa El Salvadors, deren Häuser wenig stabil sind. Eine wichtige Arbeit von DESCO ist es, die Menschen für den Katastrophenschutz auszubilden und mit baulichen Maßnahmen die Schadensanfälligkeit zu vermindern.

Antonio Nakandakari lebt seit 20 Jahren am Hügel in der Siedlung „Santa María“, ganz am Rande Villa El Salvadors. Gleich daneben liegt der größte illegale Friedhof Limas. Nakandakari ist Präsident der 216 Familien zählende Siedlung am Hang. Viele Häuser sind noch Bretterverschläge, auch Wasser wird noch von Zisternen herangekarrt. Trotz der fehlenden Wasserleitung und der ärmlichen Häuser haben die Bewohner einen Spielplatz in Eigenarbeit errichtet, dazu einen kleinen hübschen Park in der Mitte. Die Hänge haben sie mit Mauern befestigt. Im Falle eines Erdbebens wird damit ein Erdbeben verhindert. „Das haben wir auch DESCO zu verdanken, die uns seit Jahren bei unserem Bestreben unterstützen, die Siedlung sicherer und schöner zu machen“, erzählt der Peruaner mit japanischen Vorfahren. „Wir arbeiten dabei eng mit der Stadtverwaltung zusammen“, ergänzt Ramiro García, „schließlich sollen unsere Pläne und Erhebungen als Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung dienen“. Gerne werden sie angehört von den Behörden, manchmal scheitert die Umsetzung jedoch auch da-

ran, dass die Beamten oft ausgewechselt werden und keine konstanten Ansprechpartner da sind. Dann sind die Menschen auf sich selbst angewiesen.

| Die Demokratie festigen

Vor 12 Jahren gelang Peru der Übergang zur Demokratie. Die Beziehungen zwischen Staat und NGOS sind dennoch nicht reibungsfrei. Zwar ging es nun nicht mehr um Menschenrechtsverletzungen, doch die Kritik von Seiten der NGOs an der ungehemmten Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch die jeweiligen Regierungen führte zu Repressionsversuchen von Seiten des Staates. Auch DESCO ist maßgeblich an Projekten beteiligt, die die staatlichen Einkünfte aus dem Rohstoffabbau und -export kritisch überwacht und für Transparenz sorgt: Die Bevölkerung soll wissen, was mit ihrem Geld geschieht.

DESCO hat es in seiner fast 50-jährigen Geschichte immer verstanden, konkrete Entwicklungsprojekte an der Basis mit der Reflexion über gesellschaftliche Veränderungen zu verbinden. In den letzten Jahren sind die Eigeneinnahmen Perus angestiegen – vor allem dank der hohen Rohstoffpreise – und die Beteiligung internationaler Hilfsgelder ist zurückgegangen. Nur ein Prozent des peruanischen Staatshaushaltes stammt heute aus internationalen Hilfsgeldern. „Die gesamte internationale Hilfe macht gerade mal neun Prozent dessen aus, was peruanische Migrantinnen und Migranten aus dem Ausland rücküberweisen“, sagt Eduardo Ballón. Dennoch war und ist die internationale Zusammenarbeit wichtig: Ohne deren Beharren auf der Einhaltung der Menschenrechte hätten Peru und Lateinamerika heute vielleicht nicht einmal die gegenwärtige prekäre Demokratie, meint Ballón. Die zukünftige Rolle der Entwicklungszusammenarbeit sieht er vor allem politisch: „Heute geht es in Peru nicht mehr so sehr um die Bekämpfung der Armut, sondern um die Schaffung starker Institutionen und einer tragfähigen Demokratie.“



Hildegard Willer

lebt als freie Journalistin und Beraterin in Lima, Peru. www.hildegard-willer.com

Keine Streitpunkte, aber Sachdebatten

Bei der Zusammenarbeit mit dem BMZ und ihren Partnerorganisationen setzen die Kirchen auf das Dialogprinzip

| Anja Ruf

Als kommunizierende Röhren bezeichnet man oben offene, aber unten miteinander verbundene Gefäße. EED-Vorstand Claudia Warning gebraucht dieses Bild, um die Zusammenarbeit der Kirchen und des BMZ zu beschreiben. Von Anbeginn an waren da – so Martin Bröckelmann-Simon, Geschäftsführer von Misereor – Wertschätzung und wechselseitiger Respekt: „eine gute Grundlage, sich gegenseitig so lassen zu können, wie man ist“. Kontroversen über Einzelfragen, meinen beide, gehören zu dieser funktionierenden Beziehung jedoch unverzichtbar dazu.

Weil im Bereich der Entwicklungspolitik alle Beteiligten sich der Überwindung drängender globaler Probleme verschrieben haben, ist eine fast harmonisch zu nennende Zusammenarbeit gewachsen. Nicht nur wird hier Ökumene frei von Reibungen gelebt – Bröckelmann-Simon: „Wir sind uns immer ziemlich einig“ –, auch mit dem BMZ ist, sagt Claudia Warning, „das Grundgerüst seit 50 Jahren unangetastet“.

Die Abwesenheit grundlegender Konflikte ist laut Bröckelmann-Simon auch kennzeichnend für den AwZ, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wo ein parteiübergreifender Konsens bestehe: „Das findet man in keinem anderen Ausschuss so wie da.“ Aber es gebe natürlich Punkte, an denen sich Debatten entfalten, zum Beispiel beim Stichwort Sicherheit: „In welcher Nähe zu militärischen Operationen dürfen Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe geraten? Darüber haben wir uns auch mit dem BMZ auseinandergesetzt und waren sehr unterschiedlicher Meinung. Einzelfragen können also durchaus sehr kontrovers gesehen werden, was der Sache an sich keinen Abbruch tut. Wir lassen uns den Mund nicht verbie-



Foto: Stanley De Buyser

ten, das tut das BMZ auch nicht, und so entsteht eine lebendige Debatte – gut für die Demokratie.“

| Im Kontakt mit den Armen

Das dialogische Prinzip erlaubt es, nicht nur die Kirchen untereinander und mit dem BMZ, sondern auch die Kirchen mit ihren Süd-Partnern auf Augenhöhe zu verbinden. Claudia Warning: „Bei uns ist der Weg nicht von oben nach unten, sondern vom Partner zu uns und wieder zurück und dann gehen Informationen an das BMZ. Innerhalb eines von ihm gesetzten Rahmens entscheiden wir selbst über unsere Projekte, und zwar aufgrund der Vorschläge der Partnerorganisationen. Wir müssen natürlich immer begründen können, warum wir was machen, aber es besteht keine Weisungslinie, wo die Armen ganz am Ende stehen. Unsere Partnerkirchen sind mitgliedergetragen, diese Mitglieder sind im Kontakt mit den Armen oder sind selbst arm. Wir machen uns selbstverständlich ein Bild von der Situation im Land. Es gibt aber ständig Partnerkonsultationen, bei denen wir unsere Meinung gegenprüfen. Da bildet sich eine gemeinsame Analyse heraus.“

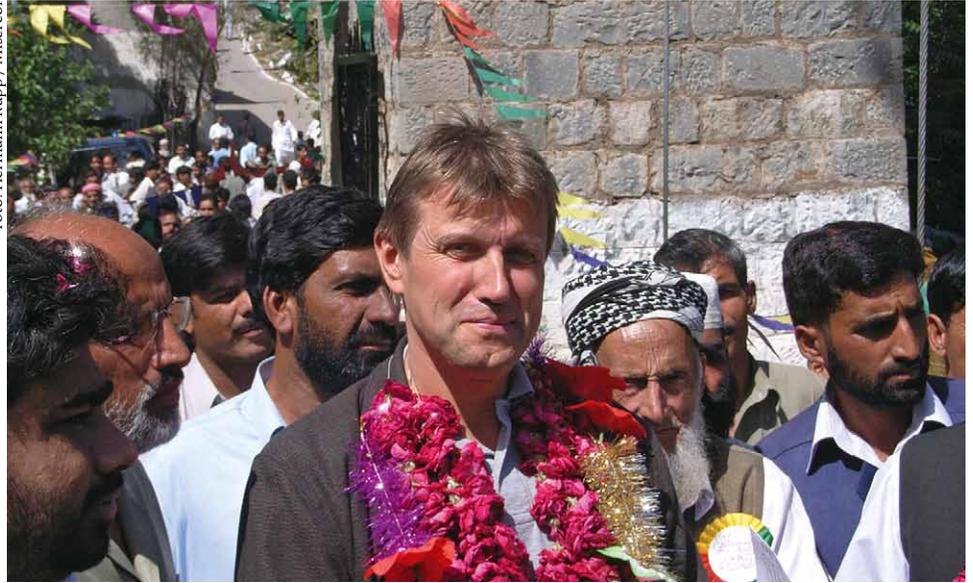
Auf Augenhöhe mit den Kleinsten:
In dem Dorf Sakko bei Dembi Dolo in Äthiopien besucht EED-Vorstand Claudia Warning ein Schulprojekt.

Bröckelmann-Simon beschreibt diesen Prozess an einem Beispiel: Viele Arme vom Land wandern ab in die Städte. Daher sind bei Basisgemeinden etwa in Lateinamerika Selbsthilfeinitiativen im städtischen Umfeld entstanden, die von der Kirche gefördert wurden. Die unmittelbare Unterstützung auf Projektebene – nicht nur im Bereich der Bekämpfung urbaner Armut – verbinden sowohl Misereor als auch der EED zunehmend mit der Veränderung von Rahmenbedingungen. Bröckelmann-Simon: „Wir sind uns treu geblieben, was die unbedingte Partnerorientierung angeht und das Vertrauen, dass die Armen selbst in der Lage sind, die Dinge zu verändern. Wir haben aber in der Projektrealität Veränderungen gehabt. In den Anfangsjahren gab es vor allem Investitionen zum Aufbau und Unterhalt eigener sozialer

Grunddienste lokaler, mehrheitlich kirchlicher Partner. Heute geht es in den Förderbereichen vor allem um die sozialpolitische Verantwortung des Staates.“ Die Erfahrungen aus diesen Prozessen bringen Misereor und der EED in die Policy-Arbeit des BMZ ein.

Erfahrungen im Selbsthilfe-Wohnungsbau wie auch im ländlichen Raum seien, berichtet Bröckelmann-Simon, vom BMZ aufgegrif-

Foto: Hermann Rupp / Misereor



„Ich kenne keine andere nichtstaatliche Organisation, mit der das BMZ auf eine Zusammenarbeit von jetzt einem halben Jahrhundert zurückblicken kann, mit

der wir anlässlich ihres 50. Geburtstages ein gemeinsames Dossier auf die Beine stellen und einen großen Festakt begehen. Und das ist der Kern unserer ungewöhnlichen Allianz: Einerseits haben wir mit den Kirchen kritische Partner in der Entwicklungszusammenarbeit – und andererseits enge Verbündete für unser gemeinsames Anliegen. Wir stellen beide die Bedürfnisse des einzelnen Menschen, die Armutsbekämpfung, die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden in den Mittelpunkt unserer Arbeit – und mobilisieren dazu auch im eigenen Land möglichst viel bürgerschaftliches Engagement.

Ich bin zuversichtlich, dass das bewährte Zusammenwirken von staatlicher und kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit uns auch in den kommenden Jahren unseren gemeinsamen Zielen ein gutes Stück näher bringen wird. Und wenn es weniger als ein erneutes halbes Jahrhundert dauert – umso besser.“

Gudrun Kopp

ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

fen worden und hätten zu einem sehr fruchtbarem konzeptionellen Dialog geführt, zu einer wechselseitigen Beförderung. Die Gespräche mit dem BMZ seien immer davon geprägt, dass man die unterschiedlichen Ansätze und Perspektiven miteinander diskutiert. Das Interesse an der Arbeit der Kirchen im zivilgesellschaftlichen Bereich habe so in den 1990er Jahren dazu geführt, dass sich im BMZ eine spezifische Arbeitseinheit gebildet habe, die sich dem Thema Armutsbekämpfung widmete. Hier allerdings tat sich auch Konfliktpotential auf: „Beschwer hat uns bereitet, dass das BMZ und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (heute GIZ) eine direkte Förderung von zivilgesellschaftlichen Institutionen in den Blick genommen haben. Der Staat hat sich der Zivilgesellschaft zugewandt und dabei manchmal die Grenze etwas überschritten. Er sollte sich auf die Veränderung staatlicher Rahmenbedingungen konzentrieren und die Zivilgesellschaft über die etablierte Direktkommunikation zwischen Nord und Süd und innerhalb des Südens ihren Teil beitragen. Zwischen Komplementarität und Subsidiarität herrscht immer ein Spannungsfeld.“

Die Rollenauslotung zwischen dem BMZ und den Kirchen ist eben doch – meint Warning – ein ständiger Prozess. Die EED-Vertreterin teilt die Bedenken ihres Kollegen von Misereor: „Das BMZ hat die Schönheit der Zivilgesellschaft entdeckt und das ist ja auch richtig so. Aber wie will das BMZ kenntnisreich beurteilen, mit wem sie es da gerade zu tun haben? Sie kennen die Szene nicht, wissen die Partner nicht einzuschätzen. Es gibt

bei Geberregierungen einen Trend, dass staatlicherseits Mittel an die Partnerregierung vergeben werden, die wiederum NGOs subkontraktiert. Es ist aber einfach etwas anderes, ob ich Auftragnehmer bezahle oder ob ich mit jemandem zusammenarbeite, der aufgrund eigener Analyse, Kompetenzen und Überlegungen ein eigenes Programm strickt. Eine starke Zivilgesellschaft kann nur mit eigenständigen zivilgesellschaftlichen Akteuren entstehen.“

| Die Stärke kirchlicher Entwicklungsarbeit

Zivilgesellschaft als Instrument für eine kostengünstige Implementierung von Programmen zu betrachten, findet Bröckelmann-Simon gesellschaftspolitisch schädlich, weil man sich damit des kritischen Potentials und der Kreativität der Zivilgesellschaft beraube. Stromlinienförmigkeit führe zu Verarmung. „Es ist manchmal unbequemer und auch chaotischer, aber weiß Gott besser, Zivilgesellschaft nicht zu Erfüllungsgehilfen staatlicher Vorgaben zu degradieren. In manchen Partnerländern geschieht das und verändert kolossal den Charakter von Partnerorganisationen. Aber es geschieht auch im Norden in den Beziehungen zwischen Hilfswerken und deren Regierungen. In den Niederlanden und im angelsächsischen Raum ist dieser Trend deutlich erkennbar.“

Die Kollegen in den Nachbarländern klagten, ergänzt Claudia Warning, häufig über ihre Regierung, die „erstens ruppig und zweitens zum Teil auch unfair und unberechenbar“ mit ihnen umgehe. In Deutschland gebe es ein anderes Verhältnis zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen, nicht nur bezogen auf die Kirchen. Warning: „Das kann da-

Ein Blumenkranz als Willkommensgruß:
Misereor-Geschäftsführer Martin Bröckelmann-Simon besucht im pakistanischen Kaschmir-
gebiet eine Erdbebenregion.

mit zu tun haben, dass wir als föderaler Staat viel eher wissen, was Subsidiarität heißt, als eine zentral gesteuerte Nation. Es gibt hier darin eine gewisse Übung, eine gewisse Selbstverständlichkeit.“

Die Eigenständigkeit der Kirchen ist die Grundlage auch für die zukünftige Zusammenarbeit mit dem BMZ an den Fragen, „die uns die globale Entwicklung auf den Tisch legt“, wie es Bröckelmann-Simon formuliert. An ganz vielen Stellen sei dies eine Suche nach alternativen Ansätzen und Entwicklungswegen, deren Konturen bisher nur sehr unzureichend beschrieben werden können. „Da ist noch sehr viel Dialog über die Frage notwendig, in welcher Welt wir eigentlich leben wollen.“ Die Stärke der kirchlichen Entwicklungsarbeit bestehe darin, auf der lokalen Ebene, in der unmittelbaren Armutsbekämpfung wirkungsvoll zu sein und zu blei-

ben. Zugleich müsse sie das mit globaler Strukturpolitik verknüpfen. Eine Schwierigkeit dabei: Der EED und Misereor sind international vernetzt, aber die Partner sind es oftmals noch nicht. Claudia Warning: „Das ist ja auch teuer! Es ist gar nicht so einfach, auf der internationalen Bühne zu spielen, mit Partnern jenseits der Grenze zu sprechen, nach New York oder Rio zu gehen und sich an weltweiten Prozessen zu beteiligen. Das werden auch nicht alle tun können. Aber Zivilgesellschaft muss jenseits der nationalen Grenzen denken.“

Gepeist wird die Entwicklungsarbeit der Kirchen nicht nur aus dem Dialog, sondern aus einer dahinterliegenden Energiequelle. Insbesondere die Partnerinnen und Partner draußen, die in oft sehr schwierigen Situationen ihre Frau oder ihren Mann stehen, könnten das nicht, wenn sie nicht von ihrem christlichen Glauben getragen würden, unterstreicht Bröckelmann-Simon. Und Claudia

Warning: „Viele schätzen unsere Professionalität. Doch die wäre wertlos ohne den Grund, aus dem heraus wir unsere Arbeit begründen. Getragen werden wir von denjenigen, die bewusst sagen, ja, ich will Kirche, und Kirche ohne das Denken an den fernen Nächsten gibt es nicht. Wir würden ohne diesen Rückhalt nicht existieren. Es ist nicht nur eine Frage der finanziellen Unterstützung durch Kirchenmitglieder, sondern uns wäre die Legitimation entzogen, wenn das nicht da wäre.“



Anja Ruf
ist freie Journalistin in
Frankfurt und betreut für
WELT-SICHTEN die Dossiers.

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

welt-sichten analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder
Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 6-2012 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion:
Ralph Allgaier (Misereor), Jürgen Hammelehle (EED), BMZ – Referat Kirchen; Politische Stiftungen; Sozialstrukturförderung, Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.:
Michael Kleine (Misereor), Jürgen Hammelehle (EED)

Bestellungen bei:
wioletta.haase@misereor.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org



Verführerisch lecker und rundum fair



Kakao aus Peru



Milch aus Bayern

Fotos: GEPA - The Fair Trade Company / Köhler, Nusch, Welsing

Die Gesellschafter der GEPA:



GEPA The Fair Trade Company · GEPA-Weg 1 · 42327 Wuppertal Fon: 02 02 / 2 66 83-0 · Fax: -10 www.gepa.de · www.gepa-jetzt-faire-milch.de